

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 17

Berlin, den 26. April 1930

5. Jahrgang

Schwerverdauliches Österei der Regierung Brüning-Schiele.

Die Regierung Brüning-Schiele ist die wahre Vertreterin bürgerlicher Besitzinteressen. Schutz des Geldbeutels bei der notwendigen Finanz- und Steuerreform und bei der endgültigen Verteilung der Reparationslasten ist ihre indirekte Parole und der Kitt für den Zusammenhalt des bürgerlichen Mischmasches, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, so schreiben wir in unserer Nummer 15. Wir behielten mit unserer Auffassung recht. Wenn es gilt, den Besitz zu schonen und ihn auf Kosten der Armen zu entlasten, sind sich die bürgerlichen Parteien stets einig. Nur zu oft haben wir das schon erlebt. Und alles Gerede, die Sozialdemokratische Partei habe auf Veranlassung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diesen Zustand durch ihre starrköpfige Haltung selbst herbeigeführt, ist Spiegelfechterelei mit der Absicht, die eigene schwere Schuld zu bemänteln. Nicht auf das Wesen und die Hoffnungen kommt es an, sondern auf das Handeln und die Auswirkungen. Dieses Handeln haben die bürgerlichen Minister im Kabinett Müller eingeleitet, als sie sich weigerten, das Regierungsprogramm zu vertreten und die Arbeitslosenversicherung mit zu sanieren. Aus diesem Handeln entwickelte sich dann die Regierung Brüning-Schiele mit all den verhängnisvollen Auswirkungen für die arbeitenden Schichten und den Bergbau für die Staatskröpfenden Großagrarien, und nach Meinung des Zentrumabgeordneten Schlad die reaktionärste Regierung der Republik.

Die Taten des Bürgerblocks sehen nun so aus: Die Junker bekommen ihr Agrarprogramm. Darin sind die Getreide-, Fleisch- und Futtermittelzollerhöhungen vorgelesen. Dann sind die Zölle beim Mineralöl und beim Benzin erhöht, und bei anderen Mineralölen neu eingeführt worden. Der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer beträgt für 1930 10 Prozent, Tabak- und Zuckersteuergesetze wurden geändert, und zwar die Zahlungsfrist verringert. Die Steuererhöhung beträgt durchschnittlich 16 v. H. Die Umsatzsteuer wurde von 75 auf 85 v. H. heraufgesetzt. Eine Sonderumsatzsteuer beladen die Konsumgenossenschaften und die Warenhäuser aufgedrückt. Die Mineralwassersteuer ist auch eine neue Steuer. Eine Branntweinersatzsteuer wurde noch angenommen, und eine Aufbringungsumlage für 1930 festgesetzt.

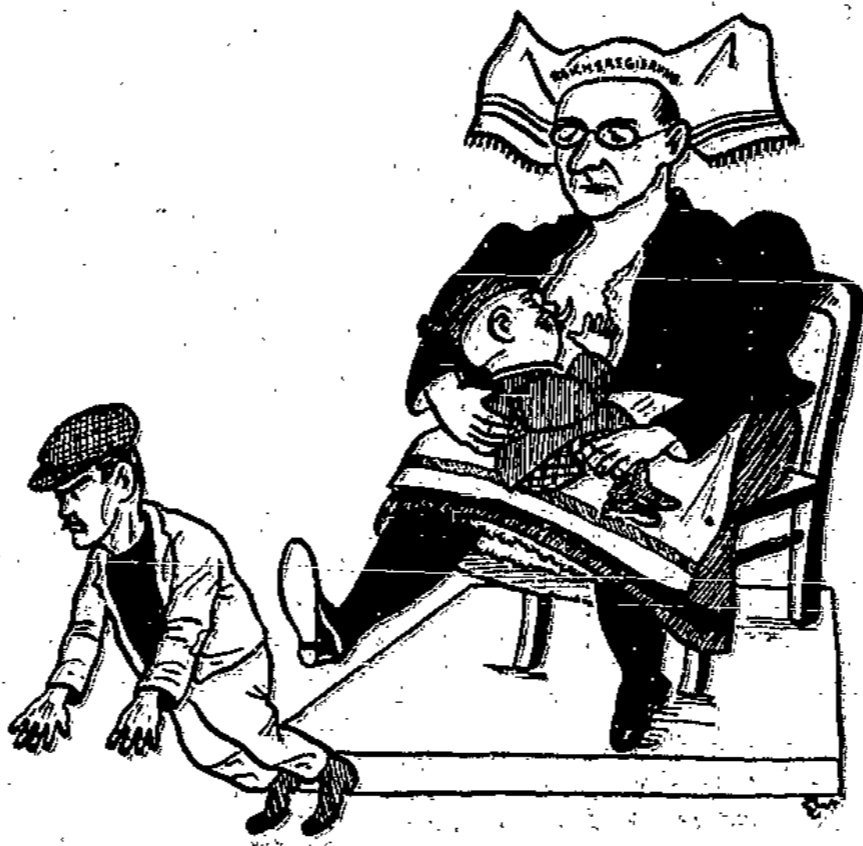
Die Arbeitslosenversicherung wurde nicht saniert, und von dem jährlichen Zuschuss an die Invalidenversicherung von 40 Millionen RM wurden 20 Millionen gestrichen.

Die ganzen Änderungen, die die Regierung Brüning-Schiele im Reichstag durch Unterstützung der bürgerlichen Parteien durchsetzte, bedeuten eine wesentliche Verteuerung der Haushalte der armen Leute und treffen die arbeitenden Schichten am härtesten. Die Mineralölsteuer verteuert das Petroleum, die Tabaksteuer den Tabak und die Zigarren, die Biersteuer das Bier. Wein wurde nicht betroffen. Die Umsatzsteuer wirkt sich verteuernd für alle Konsumgüter aus, und die Sonderumsatzsteuer nur für die Konsumgenossenschaften und die Warenhäuser ist eine ausgesprochene Steuer, um die Arbeiter, Angestellten, Beamten und kleinen Landwirte zu treffen, die ihren Warenbedarf im wesentlichen in ihren eigenen Genossenschaften decken. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die privaten Geschäfte, die doch auch Warenverkehr haben, bleiben von der Sonderumsatzsteuer verschont. Diese ist also eine ausgesprochene Ausnahmesteuer, die die Arbeiter belastet.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin wird beim Lesen dieser Zeilen herausfinden, daß durch die Taten der bürgerlichen Parteien die Armen geschöpft und die Reichen z. T. belohnt wurden. Am auffälligsten tritt das schon bei der Erhöhung des Zuschusses an die Invalidenversicherung und bei der Nichtberücksichtigung der Arbeitslosenversicherung im Gegensatz zu den Zuwendungen an die Junker und an den Mittelstand in Erscheinung. Den armen Schichten wird es in Form von direkten, und besonders von indirekten Steuern genommen, und die bestehenden Gruppen, von denen wohl selten jemand wahre Not kennengelernt hat, bekommen Zuwendungen in Form von Zöllen und Befreiung belastender Steuern. Das nennt man „gerechte“ Verteilung von Staatskassen. Solche Ungleichheit, solche Begünstigung bestimmter Kreise, die sich trotz angeblicher Not noch allen Luxus erlauben, hatten die bürgerlichen Parteien für angebracht, und sonderlicherweise wollen nachlaufende Arbeitende diese aufreizende Stellungnahme in höchster Staatsnot nicht erke- und unterstützen sie in ihrem volkswertverdrängenden Treiben.

Das ist jedoch noch nicht alles, was die bürgerlichen Parteien mit ihrer Regierung dem arbeitenden Volke angetan haben. Die eigentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen ihres politischen Handelns kommen noch Zoll- und Steuererhöhungen haben Einschränkung der Konsumkraft, wie Lebensmittel- und Verbrauchsmittelpreiserhöhungen zur Folge. Preissteigerungen lösen Lohnkämpfe aus. Bisher blieb es stets in bürgerlichen Blättern, die Lohnerhöhungen führten zu Preissteigerungen aller Art. Wenn das richtig sein sollte, müßten dieselben Kreise nun anerkennen, daß die Verteuerung der Lebenshaltung durch Zoll- und Steuererhöhung auch zu Lohnerhöhungen führen muß. Wir werden nun abwarten, ob die Begründungen der Arbeiterschaft bei den kommenden Lohnverhandlungen von

dem Regierungsblock Brüning-Schiele stützenden Unternehmertum anerkannt werden. Wir möchten das jetzt schon bezweifeln. Was also kommen wird, sind Zusammenstöße zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum, sind Wirtschaftskämpfe. Ferner führen besonders die Zollerhöhungen noch zu weiteren Wirtschaftsschwierigkeiten, und zwar zur Gefährdung unserer Handelspolitik, zur Gefährdung unserer Ausfuhr und zur Gefährdung des notwen-



Reform der Krankenversicherung.

Der Haushaltsetat des Deutschen Reiches verursacht nicht nur den ihn bearbeitenden Personen und Körperchaften große Sorgen, sondern auch weiten Kreisen der Bevölkerung. Die Arbeitnehmer sowohl wie die Arbeitgeber suchen nach Wegen und Mitteln zur Balancierung des Reichshaushaltes.

Während die Arbeitnehmer eine stärkere finanzielle Heranziehung des Besitzes empfehlen, bringen die Unternehmer einen Abbau der Sozialversicherung in Vorschlag.

Seit Bestehen der Sozialversicherung beklagen sich die Unternehmer über die erdrückenden Soziallasten. Es sind noch die schmerzlichen Methoden in aller Erinnerung, nach denen das gesamte Unternehmertum gegen den jüngsten Zweig der Sozialversicherung, die Arbeitslosenversicherung, ankämpfte. Der geplante Abbau wurde hier dank des gemeinsamen Kampfes der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei verhindert.

Jedoch hat der Ansturm der Feinde jeglicher Sozialpolitik gegen diesen Zweig der Sozialversicherung noch nicht sein Ende gefunden. Er tobt mit dem Unterschied weiter, als er in den Rationalisierungs- und Regierungskammern ausgefochten wird. Das Ausschneiden der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung ist der feste Beweis dafür.

Mit Recht glauben die sozialistischen Minister des Reichs, mit dem Reichsminister Müller an der Spitze, es vor der Arbeiterschaft, und somit dem größten und wichtigsten Teil der Staatsbürger nicht verantworten zu können, wenn die Existenz der Arbeitslosenversicherung in der Luft schwebt.

Ein weit längerer, an Zähigkeit und Geduld nicht rückwärtiger Kampf wird gegen die Krankenversicherung geführt.

Hier sind es insbesondere die Allgemeinen Ortskrankenkassen, die den Anfeindungen der Arbeitgeber und sozialer Spione ausgesetzt sind.

Gerade in diesen Krankenkassen macht die Arbeiterschaft von ihrem Mitbestimmungsrecht — hauptsächlich in der Nachkriegszeit — regen Gebrauch. Dabei sind sie den Unternehmern unsympathisch. Sie werden als sozialistisch verurteilt und die Wirtschaft schädlich an Institutionen bezeichnet.

Ein durchbruch der Vertraulichkeit der breiten Öffentlichkeit bekanntgewordener Referentenentwurf zur Reform der Krankenversicherung rückt den Kampf der Unternehmer um die Schröpfung der Krankenversicherung wieder in den Vordergrund des Interesses.

Neben den wenigen auch von uns erstrebten Vorschlägen enthält der Entwurf jedoch eine Reihe von Bestimmungen, die einen direkten Abbau und daher Rückschritt bedeuten.

Da nun der größte Feind der Arbeiterschaft, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände — sich heilselig hat, der Öffentlichkeit eine Denkschrift unter dem Motto: „Die Reform der Sozialversicherung eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes“ zu unterbreiten, ist es notwendig, daß insbesondere die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu den beiden Reformvorschlägen kritisch Stellung nimmt.

In nachstehendem sollen einige der wichtigsten Vorschläge behandelt werden.

Die in dem Referentenentwurf vorgeschlagene Erweite- rung des Kreises der versicherten Personen, durch die die bisherige Verdienstgrenze von 3600 RM jährlich erhöht werden soll, entspricht den dauernden Forderungen der freien Gewerkschaften. Leider bestimmt der Entwurf nicht die Höhe der Verdienstgrenze.

higen Preisabbaues im Inlande. Der Reichsverband der deutschen Industrie sah das bereits ein und erhob Protest gegen die Bestrebungen der Reichsregierung, aber die politische Vertretung dieses Verbandes kümmerte sich nicht um den Protest, sondern beschloß einfach die Schwierigkeiten mit. Das soll Logik sein.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten im Inlande und handelspolitische Erschwernisse mit dem Auslande sind aber auch der deutschen Landwirtschaft nicht dienlich und machen all das wieder zunichte, was die Großagrarien mit den Zollerhöhungen erzielen wollten, nämlich der Landwirtschaft helfen. Dieser ist niemals gebient, wenn einigen wirtschaftlichen Gruppen Sonderprofite auf Kosten der anderen zugeschoben werden. Das muß sich die deutsche Öffentlichkeit merken. Sie wird das noch deutlich zu spüren bekommen. Die politische Tat der Regierung Brüning-Schiele gereicht der deutschen Wirtschaft nicht zum Segen, weil kurzfristige Interessenpolitik damit verfolgt wurde. Das ist ihr Verhängnis. In Kürze werden sich die bösen Folgen besonders für die Arbeiterschaft bemerkbar machen.

Die Arbeiterschaft tut deshalb gut daran, sich auf ihre starke organisatorische Kraft zu besinnen, um mit Hilfe dieser den Schlag des Bürgertums auf ihre sauer erkämpften Lebensrechte zu parieren. Mit papierernen Protesten ist es da nicht getan, da muß die Macht der Organisation entscheiden. Diese zu festigen und weiter zu vervollständigen, ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben jeder vernünftigen Arbeiterin und jedes vernünftigen Arbeiters. Die Arbeiterschaft muß trotz aller Gegenfälle, wenn sie etwas erreichen will, politisch und wirtschaftlich genau so geschlossen handeln, wie das getrennt marschierende Bürgertum.

Diese Lehre muß aus den politischen Vorgängen der letzten Tage jeder arbeitende Mensch ziehen. Ueberlegung und Vernunft haben bei großen Entscheidungen im Vordergrund zu stehen und nicht Gehässigkeit und Phrasen.

Die freien Gewerkschaften fordern die Versicherungspflicht zum mindesten für alle Arbeitnehmer mit einem Jahresarbeitsentlohn von 800 RM. Hiergegen kämpfen allerdings die Kreise mit dem Einwand an, daß die Einbeziehung dieser Einkommen unter die Versicherungspflicht eine Einengung ihrer an und für sich schon schlechten Privatpraxis zur Folge habe.

Wir sind jedoch der Meinung, daß die Arbeitnehmer mit solchen Einkommen in Krankheitsfällen außerstande sind, die dadurch entstehenden Kosten zu erschwingen.

Auch kann der Vorschlag des Referentenentwurfes, monach Angestellte in höherer oder leitender Stellung, soweit sich ihr Einkommen innerhalb der versicherungspflichtigen Grenze bewegt, ebenfalls versicherungspflichtig sein sollen, nur begrüßt werden; denn auch diese Gruppen von Arbeitnehmern befinden sich heute nicht mehr in so glänzenden wirtschaftlichen Verhältnissen, daß sie ohne Krankenversicherung auskommen können.

Bisher sind Personen, die nicht mit ausführenden Arbeiten vorwiegend materieller Art, sondern mit einer höheren, mehr geistigen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Tätigkeit beschäftigt sind, und sich durch ihre Stellung über den Betriebsbeamten und Werkmeister erheben, überhaupt nicht der Krankenversicherungspflicht unterworfen gewesen.

Ein weiterer Vorschlag des Entwurfes geht dahin, das Recht der freiwilligen Weiterversicherung auf die hinterbliebenen Ehegatten zu erstrecken. Der Entwurf schränkt das Recht der freiwilligen Weiterversicherung jedoch durch Festsetzung einer oberen Einkommensgrenze ein; gibt aber keine bestimmte Grenze an. Diese Einschränkung ist zweifellos ungerechtfertigt.

Besonders empfindliche Änderungen bringt der Entwurf in Bezug auf die Leistungen der Krankenversicherung. Hier kann ohne weiteres von einem für die Arbeitnehmerschaft unerträglichen Abbau gesprochen werden. Die Partei wird auch nicht dadurch befreit, daß aus der Kanonvorschrift des § 184 RM eine bedingte Pflicht zur Krankenhauspflage gemacht wird.

Nach § 182 RM wird ein Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes gewährt und kann die Zahlung der Krankentaxe das Krankengeld gemäß § 191 Abs. 1 RM, ohne weiteres bis auf drei Viertel des Grundlohnes erhöhen. Hieron haben viele Klassen insofern Gebrauch gemacht, als sie das Krankengeld in der Regel entsprechend der Familiengröße der Versicherten stautelten.

Der Referentenentwurf gestattet eine Erhöhung des Krankengeldes auf 60 v. H. des Grundlohnes erst vom Beginn der neubenen Woche und gibt dann auch die Möglichkeit, daß für die Angehörigen des Versicherten Zuschläge zum Krankengeld gewährt werden, einschließlich derer der Gesamtbetrag des Krankengeldes drei Viertel des Grundlohnes nicht übersteigt.

Der Vorschlag der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände geht dahin, daß das Krankengeld für Ledige 50 v. H., und für Verheiratete ohne Kinder 55 v. H. des Grundlohnes betragen soll. Für jedes Kind sollen weitere 5 v. H. gewährt werden und darf die Gesamthöhe des Krankengeldes 75 v. H. des Grundlohnes nicht überschritten werden.

Beide Vorschläge müssen von der Arbeiterschaft abgelehnt werden.

Es bedarf keiner näheren Begründung, daß der arbeitsunfähige Kranke auch in den ersten sechs Wochen des erhöhten Krankengeldes bedarf, denn kein Arbeitnehmer ist in der Lage, für den Fall der Krankheit besondere Rücklagen zu machen. Andererseits kann der Arbeitgeber den Krankenkassen die bestimmte Staffelnung nicht ohne weiteres auferlegen. Die bisherige Regelung

der meisten Krankenfällen hat vielmehr gezeigt, daß sie die so-
ziale Bestimmung des § 191 Abs. 1 RVO. nicht mißbräuchlich
angewandt haben.

Eine weitere unerhörte Härte bringt der Referentenentwurf
durch die Vorschrift, daß für die ersten drei Tage der Arbeits-
unfähigkeit überhaupt kein Krankengeld gezahlt werden soll. Eine
Ausnahme soll nur bei Arbeitsunfähigkeit hervorgerufen durch
Betriebsunfälle zulässig sein.

Dieser Vorschlag bedeutet eine Beseitigung des § 191 Abs. 2
RVO., wonach das Krankengeld schon vom ersten Tage der
Arbeitsunfähigkeit an gezahlt wird bei Krankheiten, die länger
als eine Woche dauern oder zum Tode führen.

Der Vorschlag der Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-
verbände geht noch darüber hinaus, denn er will, daß das
Krankengeld erst vom fünften Tage der Arbeitsunfähigkeit an
gezahlt wird.

Nach den heutigen Bestimmungen des § 182 RVO. wird
das Krankengeld für jeden Kalendertag, also auch für Sonn-
und Feiertage gewährt. Demensprechend werden auch die Bei-
träge ebenfalls für jeden Kalendertag berechnet.

Dies verlangt der Referentenentwurf sowie auch die Ver-
einigung der deutschen Arbeitgeberverbände, daß nur für Ar-
beitstage Krankengeld gezahlt wird. Die Arbeitgeber begründen
ihren Vorschlag damit, daß die Mehrzahl aller Verzeie und
Krankheiten sich darüber einig sein sollen, daß ein Teil der Ver-
sicherten das Bestreben zeigt, sich vor Sonn- und Feiertagen
nicht mehr gesund zu melden.

Dieses soll besonders dann in Erscheinung treten, wenn die
hohen Feiertage — Weihnachten, Ostern und Pfingsten — auf
das Wochenende fallen.

Wenn auch zugegeben werden muß, daß es unter den Ver-
sicherten auch solche gibt, die dazu neigen, diesen Erfolg in der
Krankenversicherung auszunutzen, so kann es sich doch nur um
vereinzelte Fälle handeln, die das Gesamtergebnis nicht bemerk-
bar beeinflussen. Im übrigen bestimmen ja die Verzeie den Zeit-
punkt, an dem der Versicherte wieder arbeitsfähig ist.

Zu bemerken ist hier noch, daß durch diese Venderung ein
Einparren für den Etat der Krankenkassen nicht in Frage
kommt, denn die Arbeitgeber wollen auch gleichzeitig entgegen
der jetzigen Regelung die Beiträge ebenfalls nur für Arbeitstage
berechnen. Praktisch kommt also nur eine Ersparnis für den
Unternehmerheraus.

Der Referentenentwurf und auch die Arbeitgeber verlangen
ferner das Fehlen des Anspruchs auf Krankengeld, soweit der
Versicherte Anspruch auf Arbeitsentgelt hat. Auch diese Vor-
schläge können von der Arbeitnehmererschaft nicht angenommen
werden. Sie bedeuten nämlich dadurch, daß sie den § 616 BGB.
sowie die §§ 63 GewO. und 133c GewO. unwirksam machen, weiter
nichts als eine Erhöhung der Profitrate für den Unternehmer.

Auf Grund des § 616 BGB. kann der Arbeitnehmer im
Falle der Arbeitsunfähigkeit vom Arbeitgeber verlangen, daß
während dieser für eine verhältnismäßig unerschöpfliche Zeit den Lohn
weiterzahlt. Sollten nun die obigen Vorschläge Gesetz werden,
dann fällt für diese Zeit der Anspruch auf Krankengeld fort.

Der § 63 GewO. und § 133c GewO. garantieren dagegen den
Betriebsbeamten, Werkmeistern, Technikern und Handlungs-
gehilfen im Falle der Arbeitsunfähigkeit den Lohnanspruch noch
auf sechs Wochen, ohne daß der Arbeitgeber das Krankengeld
verrechnen kann.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände emp-
fiehlt sogar zu erwägen, ob nicht an Stelle dieser Venderung
der RVO. eine solche der §§ 63 GewO. und 133c GewO. vorzu-
nehmen ist. Es wäre dann also der Arbeitgeber im Falle der
Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers von der Lohnzahlungs-
pflicht befreit.

Derer wird von beiden Vorschlägen gefordert, daß die Ver-
sicherten für die Ausstellung eines Krankenscheines eine Gebühr
zu entrichten haben. Während der Referentenentwurf die Höhe
der Gebühr nicht angibt, schlagen die Arbeitgeber eine solche von
1 RM vor.

Die Krankenkasse kann nach den jetzigen Bestimmungen
(§ 208 RVO.) den Familienangehörigen Krankenpflege ge-
währen und in ihrer Satzung bestimmen, daß der Anspruch auf
Medizinleistungen erst nach einer Wartezeit von höchstens sechs
Monaten nach dem Beitritt entsteht (§ 208 RVO.).

Nach dem Vorschlag des Referentenentwurfes erwirbt der
Versicherte den Anspruch auf Krankenpflege für seine Familien-

angehörigen erst dann, wenn er einer Krankenkasse mindestens
drei Monate angehört hat.

Obwohl die Arbeitnehmer heute kaum so viel verdienen,
daß sie sich mit ihren Angehörigen kümmerlich ernähren können,
müht der Entwurf ihnen nach, daß sie in drei Monaten in
Krankheitsfällen der Familienangehörigen für diese Arzt,
Arznei und evtl. Krankenhauspflege selbst bezahlen sollen. Nach
den jetzigen Bestimmungen der RVO. konnte die Krankenkasse
die Familienangehörigen durch die Satzung zur Beteiligung an
den diesbezüglichen Kosten verpflichten; sie war dazu aber nicht
durch Gesetz gezwungen.

Dadurch, daß die Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-
verbände die Herabsetzung des Höchstgrundlohnes von 10 RM
auf 9 RM für den Arbeitstag erstrebt, erreicht sie ebenfalls
eine Verringerung des Krankengeldes und — was für die Arbeit-
geber das Wichtigste ist — eine Verringerung der Beiträge.

Von den Arbeitgebern wird dann noch eine Reihe von Ver-
schlechterungen verlangt, die sich auf die Verringerung des
Arbeitnehmerinflusses auf die Errichtung und Verwaltung der
Krankenkassen beziehen. Es wird insbesondere eine Erleichterung
für die Errichtung von Betriebskrankenkassen beantragt.

Nach § 245 Abs. 1 Satz 1 ist die Errichtung der Betriebs-
krankenkasse von der Zustimmung des Betriebsrats abhängig.
Verlangt dieser die Zustimmung, dann kann sie auch nicht
durch das Arbeitsgericht erzwungen werden. Hier verlangen die
Arbeitgeber, daß die mangelnde Zustimmung des Betriebsrats
durch die Zustimmung des Oberverwaltungsamtes ersetzt wird.
Sie begründen diesen Antrag damit, daß die Betriebsräte sich
hier — nach ihrer Auffassung — nicht von sachlichen, sondern
nur von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten lassen. Im
übrigen, so behaupten sie, arbeiten die Betriebskrankenkassen
billiger und besser. Sie verschweigen hierbei räumlich, daß
Betriebskrankenkassen dadurch, daß jeder Arbeitnehmer, der in
einem Betriebe mit Betriebskrankenkasse arbeiten will, vorher
auf seinen Gesundheitszustand untersucht wird, nur gesunde
Mitglieder bekommen.

Anderswärts verschweigen sie auch, daß die Arbeitnehmer eines
solchen Betriebes auch laufend dahin beobachtet werden, wie oft
und wie lange sie krank sind. Es ist doch eine Tatsache, daß der
oft kränkeltende Arbeitnehmer bei bester Gelegenheit zur Ent-
lassung gelangt.

Die Arbeitgeber verlangen vor allem auch eine Erschwerung
der Wahl des Vorsitzenden des Vorstandes. Während der Vor-
sitzende des Vorstandes jetzt in ungetrennter Wahlhandlung ge-
wählt wird, wollen die Arbeitgeber, daß der Gewählte die Mehr-
heit der Stimmen aus der Gruppe sowohl der Arbeitgeber als
auch der Versicherten im Vorstande erhält. In der Begründung
hierzu bringen sie zum Ausdruck, daß es ihnen auf die gleich-
berechtigte Mitarbeit ankommt.

Wenn eine Mehrheit bei dieser Wahl nicht zustande kommt,
dann soll nach Ansicht der Arbeitgeber das Versicherungsamt
einen Ersatzvorsitzenden bestellen.

Sie wissen genau, daß die Versicherungsämter auf Grund
ihrer arbeitgeberfreundlichen Einstellung in der Regel einen
Arbeitgeber zum Vorsitzenden bestellen werden.

Auch bei der Anstellung von Beamten und Angestellten der
Krankenkassen wollen die Arbeitgeber ihren Einfluß vergrößern.
Hier sollen beide Gruppen (Arbeitgeber und Versicherte) getrennt
abstimmen und die Einstellung nur dann erfolgen, wenn die Be-
schlüsse beider Gruppen übereinstimmen. Bisher genügte die
Zweidrittelmehrheit in ungetrennter Abstimmung.

Diese kurze Betrachtung der beiden Vorschläge zur Reform
der Krankenkassen zeigt der Arbeitererschaft deutlich, wohin
die Reihe auf diesem Gebiete der Sozialversicherung gehen soll.
Auch hier kommt weiter nichts dabei heraus, als Sanierung der
Reichsfinanzen und Erhöhung der Profitrate für den Unter-
nehmer auf Kosten der Arbeitnehmererschaft. Wenn die Arbeiter-
schaft und ihre Vertretungen eine Reform der Krankenversiche-
rung antreiben, so ganz bestimmt nicht in diesem Sinne.

Die heutige politische Konstellation, die ihr Gesicht in der
jetzigen reaktionären Reichsregierung zeigt, birgt leider die
Gefahr in sich, daß die Wünsche der Arbeitgeber Berücksichtigung
finden.

Einhalt kann dieser rückwärtigen Bewegung nur durch den
festen Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in der
freien Arbeiterbewegung geboten werden.

Josef Milewiczek.

ist die Arbeitslosigkeit leicht zurückgegangen. In der Mah-
rungsindustrie sind geringfügige Veränderungen
nach der ungünstigen Seite hin eingetreten, während die Spiel-
warenindustrie und die Gruppe Sonstige Indu-
strien leichte Verbesserungen bei sehr hoher Arbeitslosigkeit
zeigen. Geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit auch in der
feinkeramischen Industrie. Die Glasindustrie
hingegen weist weitere Verschlechterungen auf. In der Gruppe
„Großkeramik“ hat die jahreszeitliche Abnahme der Ar-
beitslosigkeit lange nicht den Umfang der früheren Jahre erreicht.

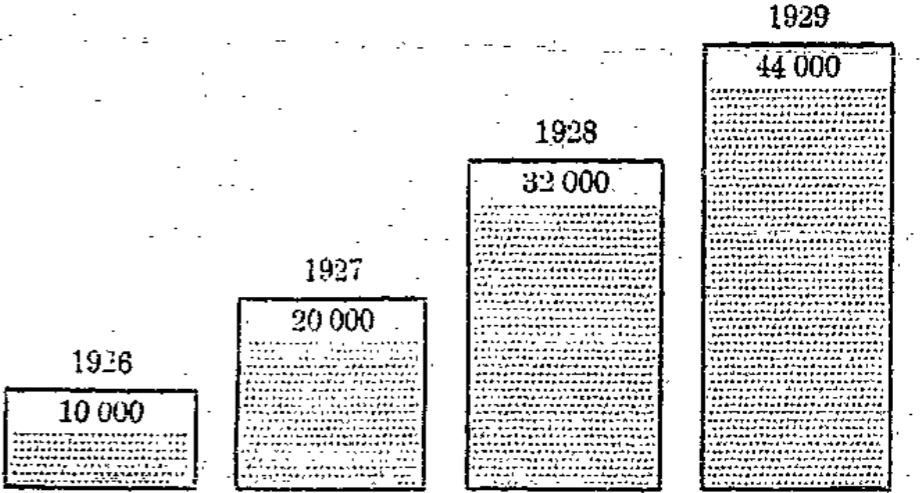
Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit
innerhalb des Verbandes hat den ungünstigsten Beschäftigungs-
grad die Provinz Ostpreußen mit 41,0 v. H. Arbeitslosen,
was gegenüber dem Vormonat eine weitere Verschlechterung be-
deutet. Neuere Nachrichten von dort lauten etwas hoffnungs-
voller. Weitere Verschlechterungen weisen die Bezirke Hessen,
Hessen-Massau, das linke und rechte Rheintal
auf. Den günstigsten Beschäftigungsgrad haben nach unserer
Statistik Württemberg mit 11,6 v. H., Nordmark mit
14,6 v. H., Pfalz mit 16,7 v. H. und Niedersachsen mit
16,0 v. H. Arbeitslosen.

Die Zukunftsansichten für die weitere Entwicklung des Ar-
beitsmarktes sind immer noch sehr ungenügend. Der helle Sil-
berstreifen am Horizont, der als Wirkung der Re-
parationsregelung aufstieg, ist durch die reaktionäre Sozial-,
Handels- und Wirtschaftspolitik der Brüningregierung wieder
verschleht.

Wie komme ich zu einem Fahrrad?

Diese Frage wird jetzt, da das Frühjahrswetter eingeleht
hat, so manche Kollegin und manchen Kollegen bewegen. Die
Reiten sind schwer und das Geld für ein Fahrrad nicht immer
gleich vorhanden. Hinzu kommt, daß das Fahrrad für die Be-
rufsfahrt infolge der Teuerung die Einkünfte noch ungewöhnlich
schmäkelt. Da ist es notwendig, wieder einmal auf unser ge-
werkschaftliches Eigenunternehmen, das Lindcar-Fahrradwerk in
Berlin-Lichtenrade, rechtzeitig aufmerksam zu machen. Die Ab-
gabebedingungen sind immer noch die gleichen. Für 3-MW-
Wochenraten können die Kolleginnen und Kollegen in den Groß-
niederlagen bzw. Abgabellagen der Ortsausschüsse des ADGB,
Lindcar-Mäder beziehen. Da, wo Lager durch die Ortsaus-
schüsse oder freigewerkschaftlichen Verbände nicht vorhanden sind,
wird der Versand vom Werk aus direkt an die Besteller
vorgenommen. Auskunft und Rat wird auf jeden Fall durch die
Ortsausschüsse oder freigewerkschaftlichen Verbände erteilt.

Es ist bestimmt kein Zufall, daß die Umsatzkurve seit dem
Jahre 1926 bis zum Schlusse des Jahres 1929 unentwegt nach
oben strebt. Das folgende nachstehende Säulendiagramm veranschaulicht
die sprunghafte Bewegung sehr deutlich:



Diese starke Umsatzsteigerung hat ihre Gründe in der
guten Qualität der Mäder und in den günstigen Ver-
kaufsbedingungen, nicht zuletzt aber darin, daß sich die Kolle-
ginnen und Kollegen im Reich bewußt geworden sind, daß sie
neben ihren Organisationen nimmere auch den wirtschaftlichen
Eigenunternehmen schuldig sind. Wir zweifeln nicht, daß auch
in diesem Jahre der Beweis dafür erbracht wird.

Die vorstehend erwähnten Großniederlagen verteilen sich im
Reich wie folgt:

- Bremen, Nordstraße 45—47.
- Berlin SW., Oranienstraße 127.
- Breslau, Feldstraße 24.
- Braunschweig, Schöppenstedter Straße 3—4.
- Bochum, Roßstraße 27.
- Dortmund, Danzigerstraße 3.
- Düsseldorf, Wallstraße 27.
- Erfurt, Johanneststraße 55.
- Essen, Stoppenberger Straße 10.
- Duisburg, Gr. Ralshof 6.
- Frankfurt a. M., Gr. Friedberger Straße 19.
- Dresden, Rihenerberger Straße 6.
- Görlitz, Bontelstraße 1.
- Hannover, Celler Straße 156.
- Hamburg, Ragsbüweg 16—18.
- Kiel, Nollentstraße 106—108.
- Königsberg i. Pr., Border-Rosgarten 31.
- Leipzig, Reiter Straße 32.
- Köln-Deutz, Eihorfer Straße 1.
- Magdeburg, Schönebeckstraße 6.
- Mainz, Gr. Fleiche 53.
- München, Pestalozzistraße 40—42.
- Münster, Breite Gasse 81.
- Münster i. W., Königstraße 15.
- Regensburg, Lindenstraße 12—14.
- Wiesbaden, Dorfstraße 9.
- Zittigart, Calverstraße 33.

Für Arbeitszeitverkürzung.

Uns wird geschrieben:
Ein wirkliches Radikalmittel gegen die Arbeitslosenka-
linität, das bestimmt zu einem positiven Ergebnis führt, ist nach
meinem Dafürhalten nur eine gesetzlich und tarifvertraglich ge-
regelte allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit für jäm-
liche Berufe unter gleichzeitiger umfassender Reform
der Urlaubsfrage.

Die jetzige Urlaubsregelung für die älteren Arbeiter ist
durchaus unzureichend. Die Dauer des jetzigen Urlaubs ist
durchschnittlich eine Woche, nur bei einzelnen Gruppen bis zu
zwei Wochen. Das ist durchaus unzureichend.

Zur Diskussion steht auch die Einführung der Fünftage-
woche. Praktisch bedeutet das die Einschaltung eines zweiten
Wochenfeiertages. Hierüber kann man geteilter Meinung sein.
Eine vernünftige Regelung der wöchentlichen Arbeitszeit auf
sechs Tage ist unbedingt vorzuziehen; denn sicher wird es dem
Arbeiter lieber sein, ein tägliches Arbeitspensum von 7 Stunden,
als ein solches von 8 oder gar 9 Stunden abzuleisten. So würde
er sich bestimmten Gebieten täglich widmen können, die außer-
halb des Betriebslebens liegen.

Will man aber eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit,
muss man schon die freiwillige Verlängerung durch Ableistung
einer maßlosen Anzahl von Ueberstunden entziehen und ab-
fehren. Das der Arbeitgeber die Bereitwilligkeit zur Leistung
von Ueberstunden ergiebig auswertet, versteht sich am Ende.
Unverändert jedoch ist es, daß der Arbeiter, selbst zu diesem,
für ihn doch so verhängnisvollen Ueberstundenantrieb drängt, und
trotz unter Verzicht auf die hierfür tariflich festgelegten
Zuschläge. Den Ueberstundenmardern fehlt jedes Solidaritäts-
gefühl, sonst würden sie an die ungezählten Tausende ihrer Ar-

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband.

Anfang April 1930.

Die Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt zeigt nur sehr
zögerlich ein, weit langsamer als in den Vorjahren. Sie wird
nicht gekannt durch den konjunkturellen Tiefstand der allge-
meinen Wirtschaft. Die Arbeitsmarktentwicklung in den Saison-
industrien zeigt deutlich, daß auch die Saisonindustrien in Wirk-
lichkeit Konjunkturindustrien sind, bei denen die Konjunktur-
schwankungen durch das Auf und Ab der Saisonbewegung nur
überdeckt wird. Auch die Stärke des Saisonrückenschwanges hängt
von der allgemeinen Lage der Konjunktur ab.

Wie unterschiedlich der Frühjahrsrückgang der Erwerbs-
losigkeit in den letzten Jahren gewesen ist, zeigt folgende Gegen-
überstellung der Veränderungen in der Zahl der Hauptunter-
stützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Kranken-
fürsorge der letzten vier Jahre an:

Zahl der Hauptunterstützungsempfänger:			
in der			
Arbeitslosen- Kranken-			
versicherung fürsorge			
Zusammen			
28. Februar 1926	1 635 515	192 801	1 828 316
31. März 1927	1 121 150	227 357	1 348 507
Zu- oder Abnahme	- 514 365	+ 35 556	- 478 809
28. Februar 1928	1 237 504	211 912	1 449 416
31. März 1928	1 010 763	197 643	1 208 406
Zu- oder Abnahme	- 226 741	- 17 269	- 244 010
28. Februa. 1929	2 460 760	161 493	2 622 253
31. März 1929	1 890 121	192 311	2 082 432
Zu- oder Abnahme	- 570 639	+ 30 822	- 539 817
28. Februar 1930	2 378 521	277 702	2 656 223
31. März 1930	2 052 287	286 710	2 339 000
Zu- oder Abnahme	- 326 234	+ 10 908	- 315 326

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen war am 31. März
1930 höher um 1 000 000 als am 31. März 1927,
um 1 200 000 als am 31. März 1928,
um 250 000 als am 31. März 1929.

In der letzten Konjunkturperiode hat sich die allgemeine
Verschlechterung der Konjunktur ausgedehnt.
Die Arbeitslosenverhältnisse innerhalb unseres Verbandes zeigen
für Anfang April nur einen recht geringen Rückgang der Ar-
beitslosigkeit gegenüber dem Vormonat an. Nur um 1,1 v. H.
ist die Beschäftigungsrate gesunken, während sie im gleichen Zeit-
raum des Vorjahres um 4,1 v. H. zurückging. Dabei sind in
diesem Jahre die Unterstützungsempfänger weit günstiger für die
Arbeitslosenverhältnisse als im Vorjahre. Von un-
terstützten Arbeitslosen am Ende März waren insgesamt 451 511
Mitglieder des Verbandes. Das sind 21,7 v. H. der Mitgliedschaft.
Im Vorjahre mit insgesamt 576 000 Mitgliedern fielen in der Be-
trachtungszeit des Vorjahres 124 489 Mitglieder in die Unter-
stützungsempfänger. Das sind 21,6 v. H. der Mitgliedschaft.
Von den von der Statistik erfassten Mit-
glieder waren insgesamt 9 241 oder 19,9 v. H. arbeitslos und
23 999 oder 54,9 v. H. unterstützte verfürzt. Im Vormonat waren

21,0 v. H. arbeitslos und 11,6 v. H. arbeiteten verfürzt. Die
Verhältniszahl für die vollarbeitenden Mitglieder des Verbandes
für Ende März 1930 betrug 76,5 v. H., hingegen in der gleichen
Zeit des Vorjahres 82,0 v. H., ist also in diesem Jahre um
5,5 v. H. geringer.

Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrie-
gruppen unseres Verbandes gestaltet, geht aus der folgenden
Uebersicht hervor:

	Ende Februar 1930			Ende März 1930		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	21,7	18,5	21,0	20,6	17,5	19,9
In der Industrie- gruppe:						
Chemie	12,6	15,5	13,3	13,9	15,6	13,6
Papier	9,7	12,9	10,4	9,6	11,4	10,0
Nahrungsmittel	14,9	20,3	16,3	14,7	21,3	16,4
Spielwaren usw.	34,8	25,9	29,7	32,9	23,7	27,7
Sonstige Industrien	32,4	21,3	29,4	29,9	16,7	26,3
Keramischer Bund ins- gesamt	22,6	21,0	22,8	22,0	19,7	20,5
a) Porzellan	15,3	12,8	15,0	15,7	12,7	14,5
b) Glas	18,3	16,0	18,0	19,4	16,1	19,0
c) Grobkeramik	42,2	38,8	41,3	36,8	34,6	36,6
arbeiteten verfürzt:						
Fabrikarbeiterverband insgesamt	10,9	15,5	11,6	9,7	13,7	10,6
In der Industrie- gruppe:						
Chemie	11,8	21,4	14,0	10,3	16,6	11,8
Papier	11,0	15,8	12,0	11,1	14,9	11,9
Nahrungsmittel	7,0	3,2	6,0	4,9	3,0	4,4
Spielwaren usw.	27,5	25,8	26,5	21,1	25,3	23,5
Sonstige Industrien	4,2	7,6	5,1	5,4	7,7	6,0
Keramischer Bund ins- gesamt	10,4	14,6	11,2	10,2	13,7	10,8
a) Porzellan	20,5	17,7	19,4	21,5	17,3	19,9
b) Glas	10,9	13,1	11,1	10,1	9,6	10,6
c) Grobkeramik	6,8	10,2	7,1	6,4	10,4	6,8

Die Veränderungen des Arbeitsmarktes in den einzelnen
Industriezweigen gegenüber dem Vormonat sind recht gering.
Die chemische Industrie zeigt trotz leichter Verbesserung
des Beschäftigungsgrades an einzelnen Stellen eine weitere Er-
höhung der Arbeitslosigkeit an. Sie steht mit 5,1 v. H. höher als
in der gleichen Zeit des Vorjahres. In der Papierindustrie

beitskameraden denken, die auf der Straße liegen und froh wären, wenn sie verkränkt arbeiten könnten.

Die Verfürgung der Arbeitszeit unter Nichtbeachtung von Lohn in Verbindung mit der Urlaubsregelung ist das A und O bei der Lösung des Arbeitslosenproblems. Aber genau so, wie zwangsläufig die Arbeitslosenversicherung kommen mußte, genau so zwangsläufig wird auch die Verfürgung der Arbeitszeit trotz aller Sträubens ihrer Gegner kommen. Daran glaubt doch kein Mensch, daß die deutsche Arbeiterchaft jahraus jahrein ruhig zusehen wird, wie Millionen ihrer Arbeitschwestern und -brüder erwerbslos auf der Straße liegen und dem wirtschaftlichen Elend preisgegeben sind.

Die Gewerkschaften hätten alle Ursache, scharf auf dem Bollen zu sein, damit, wenn dieser Kampf ausgetragen werden muß, sie führend sind. Dazu ist aber erforderlich, daß auch die unorganisierte Arbeiterchaft einsieht, daß es ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, der Organisation beizutreten und nicht länger abseits zuzuschauen, wie ihre anderen Arbeitsbrüder und -schwestern für die Kämpfe ausgetragen, deren Früchte sie hernach als selbstverständlich mit einheimen.

Nur strikte, disziplinierte und reifliche Organisation in den Gewerkschaften gibt die beste Gewähr dafür, daß diese unausbleibliche Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nicht zu weit hinausgeschoben und zum günstigen Ende für die gesamte Arbeitnehmerchaft geführt wird. Paul K a s c h e.

Die Weisheit der Finanzgewaltigen.

Das Studium der Berichte der Großbanken könnte und müßte lehrreich sein. An den Brennpunkten der Finanz, wo das flüssige Vermögen des Landes sich anhäuft, sollten nach allgemeinem Ermessen Leute von großem Format stehen. Leider zeichnen sich die bisher erschienenen Berichte der Finanzinstitute fast durchweg durch wiederholte Wiederholungen und allgemeine Klagen aus. In keinem Bericht fehlt das Geklöwe über die hohen Steuern, Soziallasten und Löhne. Hören wir einmal, wie die größte deutsche Privatbank, die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, sich über Löhne, Arbeitszeit und Wirtschaftsgestaltung äußert:

„Genau hemmend wie das Steuerystem wirkt sich die Lohn- und Gehaltshöhe aus. Nicht als ob, absolut und individuell betrachtet, das Einkommen des Beamten, Angestellten oder

Arbeiters zu hoch oder auch nur hoch genug sei; aber diese Einkommen haben sich in den letzten Jahren nicht mehr aus steigender Wirtschaftsentwicklung heraus entwickelt, sondern sind der Wirtschaft als etwas Gegebenes ditiert worden, womit sie sich abzufinden habe. Das kann sie vielfach nicht. Wäre die Nominalhöhe der Löhne und Gehälter in Deutschland 10 Proz. niedriger — das ist die Steigerung der letzten zwei Jahre, die sich als untragbar erweisen hat —, so ständen wir nicht unter dem Druck der Arbeitslosigkeit. Die Produktion könnte gesteigert und damit verbilligt werden, so daß, abgesehen von der Wirkung auf Außenhandel und Zahlungsbilanz, durch sinkende Preise der Reallohn, auf den es doch letztlich ankommt, bald nur wenig vom heutigen abweichen würde. Einen, wenn auch nicht gleichwertigen, so doch genügenden Ertrag einer Lohnreduktion, die in Deutschland aus politischen Gründen wenig Aussicht auf Verwirklichung hat, würde eine Verlängerung der Arbeitszeit bieten.“

Was soll man zu einer derartigen Meinung sagen? Die Direktion dieser Bank befürwortet nicht mehr und nicht weniger als einen Lohnabbau und eine Verlängerung der Arbeitszeit. Diese Ansicht begegnet man an Stammtischen von Halbblutigen jeden Tag; daß sie aber auch von der Leitung der größten deutschen Bank als volkswirtschaftliche Weisheit im Jahresbericht verzapft wird, kann man wohl kaum für möglich halten. Wie die Figuren zeigen, ist bei Gott und unseren Finanzgewaltigen kein Ding unmöglich.

Wovon Betriebsräte nichts wissen sollen.

In seiner Entscheidung vom 26. Februar d. J. hat das Reichsarbeitsgericht das Kontrollrecht des Betriebsrates über die Einkünfte der Direktoren und Angestellten abgelehnt. Es soll wie es in der Begründung dieser Entscheidung heißt, „die Betriebsführung dadurch gefährdet sein“. — Bei einer Einräumung des Kontrollrechts wären allerdings dem Betriebsrat Dinge zur Kenntnis gekommen, die sich wegen der großen Geheimnerei des Vorstandes einer Aktiengesellschaft vorläufig nur vermuten lassen. Was sich bisher über die Gehälter der Direktoren einwandfrei feststellen ließ, ist hinreichend genug, um das von der Arbeiterchaft geforderte und vom Reichsarbeitsgericht abgelehnte Kontrollrecht des Betriebsrats zu begründen. So hat man beispielsweise errechnet, daß der Vorstand, das sind die Direktoren, mitunter jährliche Einkünfte beziehen, die etwa ein Zehntel des Aktienkapitals ausmachen.

Soll der Betriebsrat im Sinne des § 72 unseres Betriebsrätegesetzes durch Vorlegung einer Betriebsbilanz über die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens eingehend unterrichtet werden, so gehört hierzu freilich auch eine genaue Unterrichtung über einen der größten Ausgabenposten, der sich aus den Aufwendungen für den Vorstand und den Ausschussrat zusammensetzt.

Im allgemeinen sind die Einkommensverhältnisse der Direktoren wegen ihrer häufigen Differenzierung an und für sich außerordentlich unübersichtlich. Denn neben dem selten Gehalt gibt es noch Tantiemen, die meist 15—20 Proz. des Reingewinnes ausmachen. Fixum und Tantiemen erreichen dann fast die Hälfte des gesamten Reingewinns. In einem kürzlich in den Börsenblättern veröffentlichten Zulassungsprospekt über die Aktien der Allgäuer Kunstschießpulverfabrik, in dem großen Kunstfabrikant, der sich durch die Verschmelzung von Vereinigte Glasstoff-Fabriken, Elberfeld, und der holländischen Kunststofffabrik Cata bildete, war bemerkt, daß der Vorstand einen Anspruch auf 30 Proz. des gesamten Reingewinns hat, was einer jährlichen Tantieme von etwa 1,3 Millionen an RM für jeden Direktor entspricht. Das ist nur ein Beispiel von den vielen! Nicht selten beziehen diese Herren Direktoren ein Jahreseinkommen, das dem Jahresverdienst von 200 bis 300 Arbeitern ihres Unternehmens gleichkommt. Das Reichsarbeitsgericht mag unter diesen unerhörten Zuständen eine Benennung der Belegschaft befürchtet haben, im Falle nämlich der Millionen verdienende Direktor eine Feindschaft für die Arbeiter wegen ihrer angeblichen wirtschaftlichen Untauglichkeit für das Unternehmen ablehnt. Georg K a i s e l e.

Zahlen von deutschen Reichskabinetten.

Es gab 17 Ministerien seit Weimar, an 8 war die SPD nicht beteiligt. Rechnet man durchschnittlich 13 Abgeordnete, so wären 17 x 13 = 221 Männer ehemalige Reichsminister, es sind aber nur 78 verschiedene Namen, so daß jeder fast dreimal Minister war. Gehler und Brauns hatten je 10mal Wehr und Arbeit, Schmidt und Stresemann je 7mal, Bauer 6mal Ministerposten inne. Das längste Kabinett war das Müller-Franken von Juni 1928 bis März 1930, das kürzeste Müllers erstes Kabinett, das vom 26. März 1920 bis 20. Juni 1920 lebte. Stresemann war in 7 Kabinetten beteiligt und hat offenbar den größten allgemeinen Ruf erworben. Zwei Minister (Erzberger und Rathenau) sind ermordet worden, Höfle starb als Untersuchungsgefangener.



Aus der amerikanischen Glasindustrie.

Vom Internationalen Sekretär, Kollegen Delzant, erhalten wir einen Monatsbericht. Bei Behandlung der wirtschaftlichen Entwicklung der Glasindustrie aller Staaten ist vom Kollegen Delzant ein Bericht über die amerikanischen Verhältnisse vom Vorsitzenden W. B. Clarke der Union der Flintglasarbeiter (Weißglas) Nordamerikas angefordert worden.

Da im Bericht die wirtschaftliche wie lohnpolitische Entwicklung der Glasindustrie Amerikas behandelt ist, und auch volkswirtschaftliche Vorgänge in Gegenüberstellung der europäischen Glasindustrie gebracht werden, hielt ich es für notwendig, die Abhandlung im „Keramischen Rund“ zu veröffentlichen.

Soweit Angaben im Verhältnis der in Amerika zu Europa gezahlten Löhne enthalten sind, und Clarke auf europäische Statistiken Bezug nimmt, glauben wir, sagen zu müssen, daß er bei seinen Vergleichen mehr auf die Löhne Belgiens und der Schweiz als auf die zurückgegriffen hat. Unsere Statistik, die Clarke in Genf ausgehändigt worden ist, stellt in bezug auf die angegebene Lohnhöhe der europäischen Glasarbeiter auf genaueste fest, daß Facharbeiter in Deutschland mehr als 11 Dollar im Durchschnitt pro Woche verdienen.

Die Bemerkungen des Kollegen Clarke, daß der Verkaufspreis von gewissen Glaswaren in Deutschland 3mal höher sei als die Herstellungskosten, scheinen ebenfalls auf einem Mißverständnis zu beruhen; selbst in der Spiegelkristallglasindustrie, wo bei Gläsern über 3 qm Inhalt pro qm 48 RM erzielt werden, kann, wenn man den Produktionsgang kennt, ein derartiger Verdienst nicht erreicht werden. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse in der Farbenglas- und Weiskristallglasindustrie. Auf die übrigen Branchen können die Darstellungen des Kollegen Clarke wohl erst recht nicht zutreffen:

„Die Dezembernummer des Internationalen Bulletins enthält einen vom Sekretär Delzant aufgestellten sehr interessanten Bericht über die Erzeugtätigkeit, die im August getagt hatte.

Nur diejenigen, die Erfahrung haben in solchen Sitzungen, in denen die Verhandlungen in drei oder vier verschiedenen Sprachen geführt werden müssen, und die den Auftrag haben, alsdann in einem Bericht die Ergebnisse der Beratungen zusammenzufassen, können die Schwierigkeit der Aufgabe des Sekretärs Delzant einschätzen. Mein eigener Bericht über diese Sitzung enthält 35 Druckseiten, und ich werde die Schwierigkeiten, denen ich bei seiner Fertigstellung begegnet bin, nie vergessen; ich spreche also aus Erfahrung.

Die Erörterungen der Erzeugtätigkeit waren äußerst interessant. Man kann sagen, daß die französische Sprache die offizielle war, aus dem Grunde, weil der Sekretär und der Stenograph Franzosen und keiner anderen Sprache mächtig waren; indessen wurden alle Neben ins Englische und ins Deutsche übersetzt, damit sämtliche Vertreter ständig die Debatte verfolgen konnten. Dies erschwerte die Arbeit des Sekretärs in bedeutendem Maße und erklärt, daß sich einige Kritiker in den Bericht einschleichen konnten. Der in der Dezembernummer des Bulletins veröffentlichte Bericht rief einige Mißverständnisse hervor. In ganzen genommen war der Bericht jedoch genau, und unserseits nach verdient der Sekretär Delzant volle Anerkennung für die Ausarbeitung dieses Berichtes.

Während meines Aufenthaltes in Genf fühlte ich die Notwendigkeit meiner Mitarbeit am internationalen Bulletin, um durch meine Artikel unsere europäischen Brüder über die Verhältnisse in der amerikanischen Glasindustrie aufzuklären, damit sie unseren Standpunkt erkennen, und wir all unser mögliches tun, um ihre Lage zu verbessern.

Dies ist mein erster Artikel; es werden weitere folgen. Für diesmal scheint es mir vor allem notwendig, in großen Zügen den Stand unserer Industrie in den Vereinigten Staaten und in Kanada in klarer Weise zu beschreiben, damit kein Irrtum entstehen kann, und es möglich wird, einen genauen Vergleich mit Europa anzustellen.

Die amerikanische Glasindustrie ist in vier getrennte Gruppen eingeteilt, die unter folgender Bezeichnung bekannt sind: Fensterglas, Spiegelglas, Flaschenglas und Flintglas. Jede Industrie ist unabhängig und von den anderen genau getrennt. Die Arbeiter des Fensterglases, des Flaschenglases und des Flintglases haben ihre eigene Organisation, während die Spiegelglasarbeiter unorganisiert sind. In jedem entsprechenden Verband wurden nur die Facharbeiter jeder organisierten Gruppe aufgenommen. Durch die Verbreitung der automatischen und halbautomatischen Maschinen in der Flaschenglasindustrie wurde jedoch die Organisation gewonnen, ihre Methoden zu ändern; seit einigen Jahren werden auch die Maschinenarbeiter und anderen ungelerten Arbeiter in die Vereinigung der Glasbläser aufgenommen. (Glass Bottle Blowers' Association.)

Die Anwendung der Maschinen-Zylinder, Fourcault, Libbey-Owens in der Fensterglasindustrie machte große Fortschritte, daß im Juli 1928 die Vereinigung der Fensterglasarbeiter (Window Glass Workers' Union) aufgelöst werden mußte.

Bevor die Organisation ihre Tätigkeit aufgab, hatte sie wohl versucht, die ungelerten Arbeiter, die gleichzeitig mit der Einführung der Maschinen Ursache der Entlassung der Facharbeiter waren, zu organisieren; diese Versuche waren jedoch umsonst. Der Maschinenismus hatte die Spiegelglasindustrie überflutet; dort aber waren, wie wir dies schon bemerkt, die Arbeiter vor dem Eindringen der Maschinen in die Glasindustrie nicht organisiert. Auf Grund des Mangels an einer Organisation waren die Löhne der Spiegelglasarbeiter nicht so hoch wie die in den anderen Industriezweigen üblichen.

Um genauesten Aufschluß über den Stand der amerikanischen Glasindustrie zu geben, können die Angaben des Jahrbuchs der Glasindustrie sehr nützlich sein. Wir erfahren darin, daß ungefähr 85 Fabriken Flaschen und sonstige Behälter herstellen; weiter bestehen 30 Fensterglashütten, 8 Spiegelglashütten, 22 Fabriken zur Herstellung von Röhren und Stäben und ungefähr 120, die Tischgeräte aus Glas erzeugen, was in Europa unter dem Namen „Kristall“ bekannt ist.

Dieser Zweig der amerikanischen Glasindustrie befindet sich vor zwei sehr ernstlichen Problemen: dem Problem der Maschinen und dem der Einfuhr. Wir kennen kein Mittel zur Verhinderung der Einfuhr des Maschinenismus. Wenn eine leistungsfähige Maschine angewandt wird, so nehmen wir dies an und versuchen, den besten Nutzen daraus zu ziehen. Soweit wir dies beobachten können, nehmen die europäischen Arbeiter dieselbe Haltung ein. Amerika muß sich jedoch bemühen, bei dem Problem der Einfuhr und der fremdbländischen Konkurrenz eine Lösung zu finden. Es fragt sich nun, ob uns dies gelingen wird. Gerade über diese Frage wäre im Genf beinahe eine Trennung zustande gekommen.

Es sei mir erlaubt, hier in Klammern anzuführen, daß in vorliegendem Artikel nichts gesagt wird in der Absicht, die Gefühle der Arbeiter oder Arbeitgeber irgendeines anderen Landes zu verletzen. Ich bin mir vollständig bewußt, daß eine solche Handlung meinerseits nicht nur unpassend und unverzeihlich wäre, sondern auch nicht die geringste Nützlichkeit haben könnte. Wenn ich deshalb von gewissen Verhältnissen spreche, die uns ungerecht erscheinen, so soll unsere Haltung nicht falsch ausgelegt werden.

Mit ganzem Herzen stehen wir zu unseren Arbeitskameraden jenseits des Ozeans. Wir erkennen, daß die Bestrebungen und Wünsche all unserer Kollegen der anderen Länder sich mit den unseren decken. Deshalb sind wir betriibt, daß andere Arbeiter ausgebeutet werden, und es schmerzt uns, festzustellen, daß die Stellung anderer Arbeiter niedriger ist als die untrige. Und, obwohl dies Tatsache ist, und obwohl wir vom Wunsche befeßt sind, all den in der Glasindustrie beschäftigten Arbeitern zu helfen, ihren Lebensstandard zu erhöhen, so können wir uns dennoch nicht dazu entschließen, zu gestatten, daß unser eigener schon überreichlicher Lebensstandard erniedrigt werde. Deshalb können wir weiter nichts tun, als zu wünschen — indem wir unsere Bemühungen mit den euren vereinen — daß der Lebensstandard aller in unserer Industrie beschäftigten Arbeiter erhöht werde, um dem untrigen gleichzukommen. Ich weiß wohl, dies ist viel verlangt, wenn ich jedoch irgend etwas sagen oder tun kann, das der Erlangung solcher Ergebnisse dienen kann, so werden meine Bemühungen nicht zwecklos gewesen sein.

Die Entfernung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa beträgt 3000 Meilen, was ein bedeutender Abstand zu sein scheint. In der Tat ist diese Entfernung so groß, daß man vermuten könnte, die Einfuhr der europäischen Glaszeugnisse sollte eigentlich unserer Produktion keine Konkurrenz machen. Aber wir haben die Konkurrenz des Einfuhrglases, das den Platz der Produkte einnimmt, die von unseren amerikanischen Arbeitern erzeugt werden sollten. Ich habe den Bericht einer Kommission vor mir, die eine Untersuchung in der amerikanischen und belgischen Spiegelglas- und Fensterglasindustrie angestellt hat. In diesem Bericht sind die Kosten der Rohstoffe per Tonne angegeben, die den Fabriken in den Vereinigten Staaten und in Belgien im Jahre 1928 geliefert wurden.

	Vereinigte Staaten	Belgien
Sand	3,84	0,66 Dollar
Soda	29,99	15,37
Sulfat	22,84	11,08
Kalk	7,18	1,09

Auf Grund dieser Zahlen ist zu bemerken, daß die Vorteile der belgischen Fabrikanten aus beträchtliche sind, wenn man

die Kosten der Rohstoffe für sie und die amerikanischen Fabrikanten vergleicht. Die Belgier haben aber noch andere Vorteile.

Unterziehen wir die Frachtkosten von Antwerpen nach Newyork. Die belgischen Fensterglasfabrikanten können übersechzig 100 Pounds (englische Pfund) Fensterglas von Antwerpen nach Newyork transportieren für 35 1/2 Cents, während die Fracht von West-Virginien (wo sich die nächste Fabrik befindet) nach Newyork etwas mehr als 44 Cents beträgt.

Anderes Beispiel: Die Fracht von Antwerpen nach Seattle (Washington) beläuft sich auf 42 1/2 Cents für 100 Pounds; während dieselbe Quantität von West-Virginien nach Seattle 94 Cents kostet. Diese beiden Beispiele zeigen die Vorteile der belgischen Fabrikanten, ohne daß der Lohnunterschied in Betracht kommt. Da nun die belgischen Fabrikanten diese beiden Vorteile, Rohstoffe und billige Fracht, genießen, sollten sie sich damit begnügen und nicht auch noch ihren Arbeitern dazu niedrige Löhne anfertigen.

Hätten wir keine Schutztarife, der Leser wird dies leicht begreifen, so würde unser Innenmarkt aus dem Ausland versorgt. Dies können wir nicht erlauben. Wie in Genf gesagt wurde, ist „der Selbstschutz das erste Naturgesetz“. Ich habe mich des Beispiels der Vorteile der belgischen Fensterglasindustrie bedient, weil die Zahlen, die ich diesbezüglich beibringe, unbestreitbar richtig sind, und, was in einem derartigen Artikel notwendig ist, weil diese Tatsachen zu keiner Streitigkeit Anlaß geben können. Ich habe mich also bemüht, solche Tatsachen anzuführen. Übrigens, wenn irgend jemand in der Lage wäre, diese Behauptungen zu bestreiten, so würde ich seinen Widerspruch annehmen.

Betrachten wir nun die europäischen Löhne im Vergleich zu den amerikanischen. Ich werde diese Seite des Problems nicht lange behandeln. Ich begnüge mich, daran zu erinnern, daß meiner Auffassung nach die Durchschnittslöhne der Facharbeiter in Europa 11 Dollar nicht übersteigen. Diese Feststellung stützt sich auf Ermittlungen aus erster Hand, auf Berichte anderer Kameraden, sowie auf Zahlen, die in Beantwortung eines Fragebogens gegeben wurden und die Sekretär Delzant auf meine Bitte hin veröffentlichte.

Es ist praktisch unmöglich, zwischen den Löhnen genaue Vergleiche anzustellen. Indessen könnte man sich eine genaue Idee machen über das Verhältnis der Löhne der verschiedenen Länder, wenn ich bemerke, daß der Durchschnittslohn aller Arbeiter im Staat Newyork, gelernte und ungelernete, wöchentlich 30 Dollar übersteigt. Eine andere Angabe, die ich für genau halte, ist die des durchschnittlichen Wochenlohnes der Facharbeiter, die der American Flint Glass Union angeschlossen sind, und die während 50 Wochen des am 31. Mai 1929 abgeschlossenen Rechnungsjahres 37 Dollar 14 Cents pro Woche verdienen.

Somit habe ich die amerikanische Industrie und die europäische Produktion verglichen in bezug auf die Kosten der Rohmaterialien, der Beförderungskosten und der Löhne. Es muß jedoch noch eine andere Seite des Problems in Anschlag gebracht werden, mindestens was die Flint-Glasindustrie anbelangt. Es ist die Arbeitszeit. In den meisten Fällen arbeiten die europäischen Arbeiter 8 Stunden pro Tag und 6 Tage pro Woche. In unserer Industrie wird 40—46 1/2 Stunden pro Woche gearbeitet, dies in der Kategorie des Formglases. In der Kategorie der Herstellung der Formen, sowie die Schleifer und Graveure arbeiten 48 Stunden pro Woche (jede Kategorie regelt selber die Zahl der Arbeitsstunden, ohne Rücksicht auf die anderen). Im allgemeinen betrachtet, lassen wir gelten, daß alle unsere Mitglieder wöchentlich und durchschnittlich ungefähr 44 Stunden arbeiten, während die europäischen Kameraden 48 Stunden arbeiten.

Die Vorteile, denen sich die europäische Glasproduktion erfreut in bezug auf den Anlauf des Rohmaterials, die Beförderungskosten, die Löhne und die Arbeitszeit ergeben für uns die Notwendigkeit eines Schutztarifes, wenn die amerikanische Industrie weiterbestehen soll. Ueber diesen Punkt kann man uns nicht täuschen.

Was uns übrigens am meisten interessiert, sind die den europäischen Facharbeitern gezahlten Löhne. Warum werden die Löhne nicht erhöht? Dies sollten ernstliche Untersuchungen feststellen. Im Verlaufe eines Gespräches mit einem Herrn, der mit mir von Strakura nach Berlin reiste, erfuhr ich, daß der Verkaufspreis der Waren einer gewissen Glasgesellschaft 3mal höher sei als die Herstellungskosten. Dies läßt also auf ungeheure Gewinne schließen. Gewiß steht den Arbeitgebervertretern ein Mittel zur Verfügung, um eine Untersuchung anzustellen über die Gewinne derjenigen, die die Mitglieder ihrer Gewerkschaft beschäftigen. Warum wird eine solche Untersuchung nicht vorgenommen, um zu sehen, welches Ergebnis sie hätte? In Amerika haben wir dies getan und erhielten hierdurch Aufschlüsse, die gewiß wert waren, bekannt zu sein.“



Streik in den Porzellanfabriken Creidlich u. G.

Zeit 3 Wochen dauert nunmehr der Streik in Creidlich u. G. Die Streikenden haben die Linie in keinerlei Form durchbrochen, sondern stehen fester denn je zu ihrer Sache. Viele Einseitigkeit und Geschlossenheit der Streikenden scheint der Firma sehr auf die Nerven zu fallen. Sie versucht mit allen Mitteln, Breche in die Reihen der Kämpfer zu schlagen, jedoch ohne Erfolg. Daß sie dabei es mit der Wahrheit nicht genau nimmt, sämmt die Leiter dieses Werkes wenig. Unter Vorpiegelung falscher Tatsachen und Verschweigung der wahren Ursachen des Streiks versucht man von der näheren und weiteren Umgebung Streikbrecher heranzuziehen. In der Umgebung von Nichtenfels, einer rein ländlichen Gegend, hat man die Werbestellung durchgeföhrt. Allerdings mit geringem Erfolg. Aus 3 Dorfschaften ist es der Firma gelungen, 6 Arbeitswillige zu finden. Obwohl die Firma genau weiß, daß mit diesen Leuten rein gar nichts zu produzieren geht, da sie Porzellanbetriebe höchstens nur von außen kennen, nimmt sie trotzdem diese Leute in Beschäftigung. Infolge dieses nicht gar zu großen Erfolges in der Sache der Arbeitswilligen hat sich der Betriebsleiter Flehmig an die ausgesprochenen Porzellanarbeitergewerkschaften und Schönmals gewandt, um von dort Arbeitswillige herbeizuschaffen. Alle diejenigen aus dieser Gegend, die glauben, den Streikenden in den Rücken zu fallen, werden in Creidlich ihr blaues Wunder erleben und recht bald den Staub von Creidlich von ihren Füßen schütteln. Abgesehen davon, daß an eine produktive Tätigkeit nicht zu denken ist, bezahlt die Firma für diese Arbeitswilligen ebenfalls den Tariflohn nicht. Einer Arbeitswilligen mutete man zu, für 18 Pf. Stundenlohn die Arbeit aufzunehmen, was jedoch von Seiten der Arbeitswilligen mit dem Weggang aus dem Betrieb quittiert wurde. Während sonst früher davon die Rede war, daß die Arbeitslöhne zu hoch seien und keinerlei unproduktive Tätigkeit für den Betrieb tragbar sei, wundert es uns, daß davon jetzt nicht mehr die Rede ist. Die Firma geht weiter und versucht in der bürgerlichen Presse in Coburg die Sympathie auf ihre Seite zu ziehen. Mittels Flugblätter, die angeblich von Arbeitswilligen verfaßt wurden, glaubte man Stimmung für sich machen zu können. Daß das herausgegebene Flugblatt, angeblich von Arbeitswilligen unterzeichnet, ein Produkt der Zeitung des Werkes war, steht ohne weiteres fest. Unter Angabe von falschen Verdiensten wollte man der Bevölkerung des Coburger Landes begreiflich machen, daß der von der Arbeiterchaft begonnene Streik zu Unrecht bestünde. Die Dinge liegen jedoch wesentlich anders. So behauptet die Firma, daß die Brenner bis zu 90 und 100 Pf., die Schmelzer 80 Pf., Spezialisten sogar bis zu 142 RM pro Stunde verdienen. Selbst Sandlanger, also ungelernete Arbeiter 90 Pf. pro Stunde.

Wahr ist vielmehr, daß in der Lohnwoche, die der Arbeitsniederlegung voranging, im ganzen Betrieb, der aus rund 150 Personen besteht, von 90 im Accord Beschäftigten nur 6 die Accordbasis erreichten. Wahr ist, daß bis zu 25 Pf. und noch mehr unter dem Mindestlohn und unter der Accordbasis pro Stunde weniger verdient wurde. Wahr ist, daß man einer 26-jährigen Facharbeiterin, die 10 Jahre im Betrieb ist und mindestens einen Stundenlohn von 46 Pf. bekommen müßte, den Lohn auf 18 Pf. die Stunde herabsetzte. Wahr ist, daß beim Zeitlohn bis zu 19 Pf. unter der Accordbasis für Accordarbeiter ausbezahlt wurde. Wahr ist, daß eine Arbeiterin am 21. März noch 2 Pf. mitbringen sollte und keinen einzigen Pfennig ausbezahlt erhielt, trotzdem diese Arbeiterin in vierzehn Tagen 92 Stunden arbeitet und in der Woche nur einen Vorkursch von 12 RM erhielt. Wahr ist, daß verheiratete Arbeiter am Wochenende mit 28 Pf. heimgeschickt wurden. Wahr ist, daß mehrere Arbeiter am Wochenende nur 4-5 RM erhielten. Wahr ist, daß bei einer Lohnrechnung ein Arbeiter nicht nur seinen Lohn erhielt, sondern noch 29 RM mitbringen mußte. Wahr ist, daß den meisten Leuten Stundenlöhne von 10 Pf. bezahlt wurden. Wahr ist, daß der Zeitlohn von 38 Pf. auf 16 Pf. herabgesetzt wurde. Wahr ist, daß eine 21-jährige Arbeiterin am Wochenende ganze 9,71 RM an Gehalt erhielt. Wahr ist, daß ein junger Mann 5 Pf. nach Abzug von Vorkursch usw. am Wochenende ausbezahlt erhielt. Eine andere Arbeiterin erhielt ganze 4,38 RM.

Wir fordern die Firma auf, unsere Angaben zu widerlegen. Sie wird dies nicht können, sondern sie wird sich, wie es ihre Art ist, darauf berufen oder erklären, es sei nicht wahr. Wie ja überhaupt alle Vorhaltungen von Seiten der Verbandsleitung als unwahr bezeichnet werden. Es wird die Zeit kommen, in der sich die Firma eines Besseren belehren lassen wird. Sie wird sich einsehen müssen, daß die Dinge, so wie sie bisher getrieben worden sind, nicht weiter getrieben werden können. Sie wird sich darauf bestimmen und auch einstellen müssen, daß sie ihre Schwankungen nicht auf Kosten der Arbeiterchaft führen kann. Sie wird auch dazu übergeben müssen, die geltenden Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes anzuerkennen und dabei durchzuführen. Sie möge sich ein Beispiel nehmen an vielen anderen Betrieben gleicher Art, in denen sich das ganze Jahr hindurch der Produktionsprozeß reibungslos abwickelt. Wenn jedoch die Firma glaubt, weiter so arbeiten zu wollen wie früher, so mag sie sich den Vorwurf selbst machen, daß sie sich selbst aus dem Wirtschaftsprozess ausgestoßen hat. Die Rechenhaftigkeit darüber mag sie bei ihren Aktionären ablegen, aber niemals die Belegschaft dafür verantwortlich machen, die ehrlich bestraft war, solche Zustände zu befeitigen.

Wahr ist ferner, daß die Creidlicher Porzellanfabriken denjenigen Fabrikanten, die die letzten oder ähnlichen Artikel fabriazieren, sehr starke Konkurrenz gemacht haben. Die Arbeitgeber dieser Berufsgruppe haben sich selbst schon darüber beschwert, daß Creidlich in der Lage ist, so außerordentlich billig zu produzieren. Die Creidlicher Porzellanfabriken gehören nicht dem Arbeitgeberverband der Deutschen Heimeramischen Industrie an. Sie gehören auch nicht der wirtschaftlichen Vereinigung, dem Verband der Germanischen, Bier- und Kunstporzellanfabriken an. Im Büro der Firma hängen große Plakate, Schrift nicht bei Verbandsfirmen usw. Wir befinden uns also auch mit Arbeitern in einer Meinung und die lautet: Der Tarifvertrag für die Deutsche Heimeramische Industrie mag von allen Porzellanfabriken erfüllt werden.

Der Versuch, die Reihen der Streikenden zu erschüttern, ist der Firma nicht geglückt. Die Anwerbung von Arbeitswilligen (Streikbrechern) macht der Firma niemals einen Spießbruchchen. Es ist deshalb, weil geeignete Kandidaten sich aus der Umgebung der Creidlich-Fabrik nicht zur Arbeit annahme bewegen lassen. Die Firma hat nun in der Person des Herrn Johannes Flehmig einen Betriebsleiter, einen tüchtigen Agenten in der Sache der Arbeitswilligen gefunden. Dieser Herr hat sich am 7. 4. und am 11. 4. nach Nichtenfels, Schönmals, Selb und Thiersheim begeben, wahrscheinlich auch nach Hebar, um von dort Arbeitswillige zu werben. Der Geschäftsführer Sonnberg blieb dieses nicht unbekannt, und es regte Veranlassung, nicht nur die Orte, sondern die Angehörigen persönlich anzusprechen, um sie zu überzeugen, unter welchen Tarifbedingungen diese Leute zur Arbeit nach Creidlich veranlaßt wurden. Es ist geradezu zu vermuten, unter welcher falschen Vorpiegelung die Leute

überredet werden. So behauptete dieser Herr Flehmig, daß der in Creidlich ausgebrochene Streik ein wilder sei und daß nur ein ganz kleiner Bruchteil der Belegschaft in Streik getreten ist, ferner eine Ursache zum Streik schon deshalb nicht gegeben sei, weil die Verdienste in Creidlich noch mehr denn gut seien. Den willigen Arbeitern wurde ein Verdienst von 60 RM pro Woche als möglich versprochen. Ausgesuchte Brenner wurden unter der Versprechung, später Oberbrenner zu werden, zur Arbeitsaufnahme nach Creidlich aufgefordert. Um ihrer Sache ganz sicher zu gehen, hat dieser Agent von einem Teil dieser Ausgesuchten die Steuer- und Invalidenarten in Empfang und mit nach Creidlich genommen, um so bestimmt die Leute zur Arbeitsaufnahme veranlassen zu können. Diese Machinationen zeigen nur zu deutlich, wer die Schuld an diesem Streik trägt. Wir können



**Öl ins Feuer gießen
mußt Du büßen!**

die Versicherung abgeben, daß, wenn alle unsere Kollegen und Kolleginnen, die sich im Streik befinden, eine Verdienstmöglichkeit bis zu 60 RM und mehr pro Woche gehabt hätten, der Streik auch nicht ausgebrochen wäre. Die im Streik Befindlichen werden nach wie vor fest und solidarisch zusammenstehen und ausharren, bis die Firma zur Vernunft kommt.

Unsere Kolleginnen und Kollegen im ganzen Reich rufen wir zu: Meidet Creidlich, erklärt all denen, die da glauben, in Creidlich ihre Existenz aufbauen zu können, daß sie ihr weniges, was sie besitzen, noch in Creidlich verlieren werden. Warnt alle Mitarbeiter und Arbeiterinnen vor Zuzug nach Creidlich.

Gewerbekrankheiten in der englischen Keramikindustrie.

Der Geltungsbereich der Gesetze, betreffend die Entschädigung von Betriebsunfällen und Gewerbekrankheiten, erstreckt sich in Großbritannien auf alle Wirtschaftszweige und alle in einem Arbeits-, Anstellungs- oder Lehrverhältnis stehende Personen, mit Ausnahme der Angestellten, deren Jahresgehalt 350 Pfund Sterling übersteigt, der Heimarbeiter, der Familienangehörigen des Arbeitgebers, die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben, der nicht für Zwecke eines Geschäftsbetriebes beschäftigten Gelegenheitsarbeiter und der Politzisten. Eine allgemeine Anmeldepflicht der Unfälle und Gewerbekrankheiten gibt es nicht, und die Pflicht der Berichterstattung über Fälle, die Entschädigungsanspruch begründen, ist auf bestimmte Wirtschaftsgruppen beschränkt, nämlich Bergwerke, Eisenbrüche, Eisenbahnen, Fabriken, Werften, Tiefbauunternehmungen und die Schiffahrt. Zwar kommen weitläufig die meisten Unfälle in diesen Wirtschaftszweigen vor, aber eine Reihe anderer unfallsgefährlicher Betriebsarten, wie z. B. der Hochbau, das Transportwesen auf Straßen und landwirtschaftliche Maschinenbetriebe, bleibt außerhalb der Berichterstattungspflicht.

Eine Versicherungspflicht besteht nicht. Die große Mehrheit der Arbeitgeber versichert sich jedoch bei Arbeitgebergenossenschaften oder gewöhnlichen Versicherungsgesellschaften gegen das Unfallrisiko. Im Jahre 1928 waren von 141 917 zur Berichterstattung verpflichteten Arbeitgebern 124 221 versichert und 17 696 nicht versichert. Auf die ersteren trafen 74 Proz. der entschädigten Unfälle.

In der Nachkriegszeit bewegte sich die Zahl der entschädigten tödlichen Unfälle zwischen 3531 1920 und 2345 1926; die Zahl der nicht tödlichen Unfälle schwankte zwischen 477 378 1923 und 283 361 1921.

In der Heimeramischen Industrie, in welcher nach der Statistik für 1928 74 259 Personen beschäftigt waren, gentaltete sich die Zahl und Häufigkeit der entschädigten Unfälle (ohne Gewerbekrankheiten) 1927 und 1928 wie folgt:

Jahr	Tödliche Unfälle		Nicht tödliche Unfälle	
	überhaupt	auf je 10 000 Personen	überhaupt	auf je 10 000 Personen
1927	7	1,0	1695	22
1928	8	1,1	1575	21

Bei der Entschädigung ansprüchen unfallverletzter Personen wurden 1927 18 und 1928 64 durch Zahlung von Kaufsummen abgefunden. Außerdem wurden 1927 1497 und 1928 1375 Fälle erzdigt, in welchen bis zum Schluß Unfallrenten gezahlt wurden. Wie lange in diesen Fällen die Rentenzahlung währte, veranschaulichen nachstehende Zahlen:

Jahr	Weniger als 2 Wochen		2 bis 4 Wochen		4 bis 26 Wochen		26 Wochen oder länger	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1927	455	52,1	503	57,8	18	2,1	18	2,1
1928	419	48,6	450	52,0	20	2,4	20	2,4

Ende 1928 waren 136 Entschädigungsfälle noch nicht erledigt. Davon bestanden 102 teit weniger als einem Jahr, 23 teit 1 bis 2 Jahren, 6 teit 2 bis nicht ganz 5 Jahren und 5 teit 5 oder mehr Jahren. Die Entschädigung tödlich verlaufener Betriebsunfälle erforderte in der heimeramischen Industrie 1927 2707 Pf. Sterling und 1928 1716 Pf. Sterling (etwa 54 140 RM und 4229 RM); für Entschädigung von Invalidenrenten wurden in den gleichen Jahren 15 346 Pf. Sterling und 16 331 Pf. Sterling ausgegeben (etwa 36 920 RM und 36 620 RM).

Außer den Unfällen wurden 1927 3 Fälle tödlich verlaufener und 78 Fälle nicht tödlich verlaufener Gewerbekrankheiten entschädigt; 1928 waren die entsprechenden Zahlen 7 und 60. Im Laufe des Berichtsjahres wurden Ansprüche erledigt:

	1927	1928
durch Zahlung von Kaufsummen	22	19
durch Zahlung wöchentlicher Renten	40	20

Die Entschädigung von Gewerbekrankheiten erforderte:

Jahr	Betrag
1927	7898 Pf. Sterling (157 960 RM) und
1928	6348 Pf. Sterling (126 960 RM).

Weitläufig die meisten Fälle von gewerblichen Erkrankungen, die in der Keramikindustrie vorkommen, sind Bleibergiftungen. Von insgesamt 67 Fällen, die 1928 entschädigt wurden, trafen hierauf 57. Ferner kamen 6 Fälle von Dermatitis, 3 Fälle von Sehnencheidenentzündung und ein Fall von Angensittern (Rostagmus) vor.

Selb.

Nach fast zwanzig Jahre langer sachärztlicher Vorarbeit ist es mit Hilfe der Organisation gelungen, die Porzellanerkrankungen unter die entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten aufzunehmen. Wir haben in der Porzellanstadt Selb in Anbetracht der Akkordschuterei und Breisbrüdererei in den Betrieben auch eine Anzahl von Porzellanlinern (überwiegend Frauen), bei denen eine entschädigungspflichtige Staublungenerkrankung anerkannt wurde. Die Renten sind je nach dem Verdienst unterschiedlich. Bei den Frauen ist es häufiger der Fall, daß sie noch bei Lebzeiten in den Genuss der Rente kommen; aber leider auch viel zu spät, denn die meisten unter ihnen kämpfen schon mit dem Tode.

Bei den Männern ist uns bis jetzt ein einziger Fall bekannt, bei dem die Rente noch bei Lebzeiten anerkannt wurde. Bei fünf Kollegen erfolgte die Anerkennung einer entschädigungspflichtigen Staublungenerkrankung nach ihrem Ableben. Die Verstorbenen erreichten ein Alter von 41 bis 52 Jahren. Daraus ist klar zu ersehen, daß die Porzellanarbeiter, ganz besonders die Gestaltungsarbeiter, nicht alt werden. Was hilft in solchen Fällen die Rente, wenn der Grundsatz gilt, den Begriff „schwere Staublungenerkrankung“ dahin auszulegen, daß die Todesursache vom Stundensamt am besten dem Antrag gleich beilegt wird.

Eine Anzahl Anträge wurden von der Töpfereiberggenossenschaft abgelehnt, weil nach deren Ansicht keine schwere Staublungenerkrankung vorliegt. In den meisten dieser Fälle ist Berufung beim Reichsversicherungsamt in Berlin eingelegt. Aber leider sind von diesen Berufungsantragstellern auch schon zwei Kollegen mit Tod abgegangen, so daß die Behauptung der Selber Porzellaner, dem Antrag muß der Totenschein beilegen, berechtigt ist.

Wir möchten hier erwähnen, daß durch das Wörtchen „schwere“ mancher Antrag abgewiesen wird, obwohl eine richtige Staublungenerkrankung vorliegt. Es besteht nur die eine Hoffnung, daß das Reichsversicherungsamt in Berlin der Verordnung eine Auslegung gibt, die es dem Kranken ermöglicht, Rente noch bei Lebzeiten zu erhalten. Auch wäre im Interesse der Betroffenen eine schnellere Behandlung der vorliegenden Berufungsfälle beim Reichsversicherungsamt wünschenswert.

Volksfest.

Der Vorstand der ältesten Volksfestlicher Porzellanfabrik berichtete in der Bilanzabgabe, daß die Gesellschaft durch die Stilllegung der ihr gehörenden Elektro-Porzellanfabrik in Neuhaus am Rennsteig sehr beträchtliche Aufkosten gehabt hat, zu deren teilweiser Deckung die Verwaltung vorschlägt, den aus der Umstellung noch vorhandenen Reservefonds II von 100 147 RM zu verwenden, während der Reservefonds I in Höhe von 200 000 RM intakt bleibt. Von dem hiernach einschließlich 65 815 RM (55 991 RM) Gewinnvortrag verbleibenden Bruttogewinn von 100 972 RM (121 749 RM) werden zu Abschreibungen erforderlich 50 286 RM (55 933 RM). Es sollen wieder 7 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien verteilt und 50 685 RM (55 815 RM) auf neue Rechnung vortragen werden. Die Generalversammlung ist am 23. Mai in Dresden. — Wenn eine Stilllegung so beträchtliche Aufkosten verursacht, so ist es unerklärlich, daß sich einige Porzellanfabriken diese Extravaganzen noch leisten können. Vor allem sollten die daraus lernen, die zu jeder Zeit mit Stilllegung drohen.

Königszell.

Die Hauptversammlung der Porzellanfabrik Königszell u. G. genehmigte die Verabreichung des Grundkapitals von 2548 auf 0,548 Mill. RM und die Wiedererhöhung auf 1,298 Mill. RM durch Ausgabe von 0,625 Mill. RM Vorzugsaktien und 0,125 Mill. RM Stammaktien. Nach Mitteilung von Verwaltungssseite soll nach durchgeführter Sanierung eine Konsolidierung der dann noch schwebenden Schuld durch Aufnahme einer Hypothek vorgenommen werden. Man glaubt, von nun an eine weitere Festigung der Verhältnisse erwarten zu können. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Dr. Benz, Berlin, und Dr. David, Berlin, i. Pa. Marcus Nellen & Sohn, Berlin.

Wir wollen hoffen, daß die Festigung nun eintritt. Sie hat lange genug auf sich warten lassen.

Steingutfabriken verständigt.

Der Verband deutscher Steingutfabriken, das nicht allzu stark gestiegene Preisstark der Steingutfabriken, der seine Lebensdauer provisorisch bis Ende Juni 1930 verlängert hatte, ist nun endgültig soweit, daß die Verlängerung tatsächlich als gesichert gilt. Wäre der Vertrag nicht zustande gekommen, hätte in der Steingutindustrie wieder ein scharfer Preiskampf auf Kosten der Arbeitslöhne eingesetzt, bei dem sicher einige Steingutfabriken den Atem verloren hätten. Die Arbeiterschaft hat an einem milden Preiskampf kein Interesse, denn er wird stets auf Kosten der Löhne ausgefochten.

Triptis.

Die Porzellanfabrik Triptis u. G. in Triptis schloß ihr Geschäftsjahr 1929 mit einem Nettogewinn von 101 161 RM (im Vorjahr 153 675 RM) ab. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung (20. Mai) vorzuschlagen, hiervon 20 296 RM (30 296 RM) zu Abschreibungen zu verwenden, wieder 7 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien und 3 Proz. (i. V. 6 Proz.) auf die Stammaktien zu verteilen, bei einem Gewinnvortrag von 20 182 RM (25 090 RM). Das Jahr 1929 war also auch für Triptis wieder ertragsreich, trotzdem am Jahresende Schwierigkeiten aufstanden. Diese sind überwunden, und seit Ende Februar ist ein Teil der entlassenen Belegschaft wieder beschäftigt. Es wird nun Zeit, daß auch der andere Teil wieder Arbeit bekommt.

Waldenburg.

Das 50jährige Arbeitsjubiläum konnte auch der Kollege August Geisler, Maler bei der Firma G. Tietz in Waldenburg, begehen. Wir gratulieren!



Technische und organisatorische Umwälzungen in der Ziegelindustrie.

Das sich auch in der Ziegelindustrie Umwälzungen in technischer und organisatorischer Hinsicht vollziehen, kann nicht mehr übersehen werden. Das geht vielleicht nicht so stürmisch vor sich wie in der Zement-, Eisen- und Stahl-, sowie in vielen anderen Industrien, aber es geht vorwärts. Wer die Nachpresse aufmerksam verfolgt, kann feststellen, daß die Stimmen, welche noch lange nach dem Kriege die „alte, gute Zeit“ herbeisehnten, fast vollständig verstummt sind. Ausführungen wie diese: „Wir müssen wieder Ziegler werden und arbeiten, so lange die Sonne scheint“, findet man heute nicht mehr. Immer mehr Stimmen reden einer Modernisierung und technischen Ausgestaltung der Ziegelindustrie das Wort. Wenn sich auch viele dieser Publizisten noch eine stille Liebe für die „alten, guten Zeiten“ bewahrt haben mögen, so müssen auch selbst sie konstatieren, daß sich das Rad der Zeit nicht mehr zurückdrehen läßt. Die Verhältnisse und auch die Menschen sind eben andere geworden. Der Ziegler der Vorkriegszeit, mit dem die Ziegeleibehrer sich halten und walten konnten, wie sie es für gut befanden, ist heute nicht mehr vorhanden. Mit den alten Mitteln, niedriger Lohn, unbegrenzte Arbeitszeit usw. ist also nichts mehr zu machen. Auf Kosten der Arbeiterkraft allein, ohne daß man Anforderungen in technischer und sonstiger Beziehung machen braucht, kann man heute keinen Konkurrenzkampf mehr führen. Es wird jetzt in den Fachzeitschriften der Unternehmer offen ausgesprochen, daß diejenigen, welche sich den neuen Verhältnissen nicht anpassen können oder wollen, unrettbar dem Untergang geweiht seien.

Vor nicht allzulanger Zeit brachte ein prominenter Vertreter der Ziegelindustrie in einem Nachblatt, welches früher immer den alten Zuständen das Wort redete, Ausführungen, die gerade in diesem Blatt, es war die „Ziegelwelt“, äußerst bemerkenswert sind. Er führte aus, daß in der Ziegelindustrie eine Neherproduktion herrsche, die nicht nur bleibe, sondern sich noch verschärfen wird. Er sah auch die Gefahr, daß die Ziegeleibehrer in der Ziegelindustrie das Leben schwer machen. Nur wenige gut eingerichtete Werke könnten noch den Kampf mit den Erprobungsweihen bzw. Erprobungsstätten erfolgreich bestehen. Werke, welche noch mit viel Handarbeit verschlungenen Einrichtungen versehen sind, würden die Leidtragenden sein. Gegen Erprobungsstätten wie Schwemmtentens und Seifensteinwerke, wo mit einigen Hunderten von Mark Betriebe mit 4-4 Millionen Steinen Jahreserzeugung errichtet werden, können um moderne Ziegelei, was die Preisfrage anbetrifft, nicht konkurrieren. Es wird den kleineren Ziegeleibehrer der Rat gegeben, sich rechtzeitig einer Verkaufsvereinigung anzuschließen, ehe es zu spät sei. Würden sie von der Konkurrenz von selbst ausgeschlossen, so hätten sie auf keinerlei Entschädigung zu rechnen. Vollziehen sie aber den Anschluss noch rechtzeitig, so wäre die Verkaufsvereinigung noch in der Lage, die Betriebe zu übernehmen und nach Verteilung des Abfallkontingents auf die leistungs- und konkurrenzfähigen Betriebe, Werke, die veraltet sind, stillzulegen und zu entschädigen. Ähnliche Ausführungen sind auch auf verschiedenen Tagungen der Ziegeleibehrerverbände und der Ziegeleiverkaufsvereinigungen im vergangenen und im laufenden Jahr gemacht worden. Das sind Bestrebungen, welche in der Ziegelindustrie eine Syndikats- und kartellmäßige Bindung, ähnlich wie in der Zementindustrie, herbeiführen wollen. Anfänge in dieser Richtung sind bereits vorhanden. Hauptächlich vom Rheinland sind die Bestrebungen auf Syndikatsmäßige Bindung sehr stark in die Erscheinung getreten. So wurde Mitte vorigen Jahres berichtet, daß ein Westdeutsches Ziegeleisyndikat mit dem Sitz in Köln gegründet sei, welches die Syndikatsmäßige Zusammenfassung der gesamten Ziegelindustrie Rheinland-Westfalens, Südbadens und Oberbayerns vorhat. Es sollte als Dachorganisation die gesamten bereits gegründeten und noch zu errichtenden Ortsyndikats zusammenfassen. In weiterer Gründung von letzteren sei man bereits erheblich vorwärtsgeschritten, so lautete die damalige Meldung. Eine Reihe Bezirke wurde angeführt, wo bereits Gründungen stattgefunden, oder wo bestehende Organisationen obiger Dachorganisation sich angeschlossen hätten. Solche Meldungen sind im Laufe der folgenden Zeit öfters in der Nachpresse erschienen, auch zum Teil wieder demontiert worden. Mag dem sein wie ihm wolle, jedenfalls steht fest, daß starke Bestrebungen vorhanden sind, in bezug auf Syndikatsbildung einen festeren Zusammenhalt innerhalb der Ziegelindustrie herbeizuführen. Auch der Anlauf finanziell schwacher Werke durch kapitalträchtigere vollzieht sich zwar langsam, aber er ist im Gange.

St erst einmal eine feste Bindung erreicht, wird man gegen sich kränkende Außenleiterwerke ebenfalls (wie es z. B. in der Zementindustrie erfolgt) einen rücksichtslosen Kampf führen. Damals wurde in der Meldung weiter ausgeführt, daß das Westdeutsche Ziegeleisyndikat die Kontrolle über die Produktion von der holländischen Grenze bis weit nach Süddeutschland in seine Hand bekommen würde. Auch mit Einzelziegeleien, die aus irgend einem besonderen Grunde dem Syndikat nicht beitreten können oder wollen, seien wie die Meldung damals besagte Verträge abgeschlossen, die unter Androhung hoher Konventionalsstrafen die unbedingte Einhaltung der Syndikatspreise vorsehen.

Auch eine großzügige Propaganda für den Bau mit Ziegelsteinen war im Programm des obigen Syndikats vorgesehen.

Die Hauptfrage bzw. Hauptaufgabe der sich bildenden Ziegeleisyndikats wird aber sein, die freie Konkurrenz auszuwachen, Regelung der Produktion und was die Hauptaufgabe ist, Regelung der Preise, d. h. Sicherung eines „angemessenen Gewinns“.

Ist aber erst einmal eine größere Syndikats- und kartellmäßige Bindung in der Ziegelindustrie erfolgt, wird man bei vorgezeichneten Aufgaben nicht stehen bleiben, sondern seinen Einfluß auch auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Ziegeleibehrer auszuüben versuchen, ob direkt oder indirekt wird sich in seiner Wirkung gleich bleiben. Jedenfalls nicht zugunsten unserer Zieglerkollegen. Unsere Zieglerkollegen haben den Dingen, die sich in der Ziegelindustrie vollziehen, die größte Aufmerksamkeit zu widmen, damit sie nicht eines Tages davon unangekommen überrascht werden. Der Kampf gegen die Außenleiter wird sich bei einer kräftigeren, syndikatsmäßigen Bindung der Ziegelindustrie ähnlich vollziehen wie innerhalb der Zementindustrie. Rüksichtsloser Kampf, Anlauf und Stilllegung technischer zurückgebliebener, veralteter Werke und Verteilung der Produktion und des Abfallkontingents von diesen auf die moderneren, ausgebaute Werke. Die Folge für die Arbeiterkraft wird sein: Abschaffung eines großen Teiles dieser und dadurch verstärkter Druck der großen Meisterwerke der Ziegler auf das Lohnniveau. Rechtzeitig müssen die Ziegler durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation, des Verbandes der Ziegeleibehrer Deutschlands, dafür sorgen, daß der Umwandlungsprozeß, der, wenn auch langsam und für den einzelnen nicht sofort klar ersichtlich, aber unumkehrbar auch in der Ziegelindustrie vor sich geht, nicht allein auf ihre Kosten sich vollzieht. Schon heute liegt es ja, trotz einigermaßen guter Baufunktion im Jahre 1929 ist eine große Neherproduktion

an Zieglerzeugnissen zu verzeichnen. In das neue Baujahr geht die Ziegelindustrie mit erheblichen Vorräten hinein. Die für den Bedarf nötige Produktion wird in immer kürzeren Perioden hergestellt. Ein großer Teil Ziegler hat im Jahre 1929, trotzdem die Bautätigkeit nicht geringer war wie 1928, nicht einmal so viel Beschäftigungszeit aufzuweisen, wie für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung nötig ist. Es ist auch heute keine oder sehr spärliche Erprobungsarbeit für die Ziegler außerhalb ihrer eigentlichen Saisonarbeit vorhanden, weil auch in anderen Industriezweigen durch die Nationalisierung große Teile von Arbeitskräften freigelegt sind, die sich natürlich sofort auf alle sich bietenden Arbeitsmöglichkeiten stürzen. Die Folge ist, daß unsere Zieglerkollegen den größten Teil des Jahres arbeitslos sind und zum großen Teil, soweit sie nicht zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung berechtigt sind, der öffentlichen Wohlfahrtspflege anheimfallen. Dieser Zustand wird sich bei der fortschreitenden Technisierung und Mechanisierung nicht bessern, sondern eher noch verschärfen. Wir brauchen nur einige Zahlen zum besten zu geben. An der Vorkriegszeit produzierten wir rund 10.000 Ziegeleien; heute produzieren knapp 5000 mit einer um mehr als die Hälfte geringeren Arbeiterkraft dieselbe, ja noch eine größere Menge Zieglerzeugnisse. Dabei ist — wie oben bereits ausgeführt — die Technisierung und Modernisierung in der Ziegelindustrie langsamer vorangeschritten wie in anderen Industrien.

Die Produktionsfähigkeit (Kapazität) der Ziegelindustrie, die in der Vorkriegszeit etwa 10 Milliarden Steine betrug, die fast reiflos ausgenutzt und abgeleitet werden konnten, hat sich jetzt dieser Zeit ganz bedeutend gehoben, aber auch der Abgang infolge

Drohender Kampf in der Kreishauptmannschaft Dresden.

Dem allgemeinen Drama der Arbeitgeber aller Industriegruppen folgend, die deutsche Wirtschaft durch Lohnabbau zu retten, will sich auch die Ziegelindustrie nicht entziehen, indem sie die Lohnverträge in allen Bezirken zu dem nächstzulässigen Termin aufgekündigt hat und Lohnabbauanträge durchzusetzen versucht. Auch in der Kreishauptmannschaft Dresden ist der Lohnvertrag durch die Arbeitgeber gekündigt und ein 10prozentiger Lohnabbau verlangt worden. Man begründet hier am Orte diese Anträge damit, daß der fürstliche Lohn von 90 Pf. für den Facharbeiter und die durch die Leistungen der Arbeitnehmer gestiegenen Anforderungen nicht mehr tragbar seien für die Industrie. Daß die Ziegeleiarbeiter nur einige Monate des Jahres in Arbeit stehen, stellt man dabei nicht in Rechnung.

Man sagt weiter, die Ziegeleipreise müßten infolge der dar- niedertiegenden Baufunktion und des schlechten Absatzes wegen herabgesetzt werden und dazu müsse auch der Arbeiter sein Teil beitragen. Zweck der Herabsetzung ist allerdings, die Herabsetzung der Ziegeleipreise durch Lohnabbau wettzumachen.

Obwohl nachgewiesen werden kann, daß die im Vorjahre festgesetzten Konventionalspreise für Ziegel als durchaus überhöht anzupprechen sind und eine Herabsetzung derselben notwendig ist, aber auch ohne Reduzierung der Löhne gut getragen werden kann, verweigert man diese Belastung auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Bei den inzwischen geführten Lohnverhandlungen und den Verhandlungen vor dem Tarifamt der Ziegelindustrie kam es zu einer Einigung nicht, weil die Arbeitgeber strikt auf ihrem Lohnabbau bestanden. Das Tarifamt hat darauf am 1. April 1930 einen Schiedsspruch gefällt, wonach die Löhne der Ziegelindustrie in der Kreishauptmannschaft um ein weiteres Jahr verlängert werden. Die Akkorde sollen der betrieblichen Regelung überlassen werden.

Wenn auch dieser Schiedsspruch dem Willen der Arbeitnehmer, einem 10prozentigen Lohnabbau, nicht Rechnung trägt, so wurde er doch von Arbeitnehmerseite akzeptiert, von Arbeitgeberseite aber abgelehnt, so daß jetzt ein tarifloser Zustand besteht.

Die Arbeitgeber versuchen nun mit allen Mitteln, die geplante Lohnherabsetzung im Einzelarbeitsvertrag zu realisieren.

Wozu Betriebsstilllegungen für die Zementbarone gut sind.

Wenn in Oberschlesien eine Stilllegungsverhandlung stattfindet, zu der immer als unparteiischer Vorsitzender der Gewerkschaft Wosler fungiert, dann jammern die Zementbarone wegen mangelnden Absatzes und das milde Herz des unparteiischen schlägt teilnahmsvoll für die Zementbarone. Es wäre ja geradezu eine Katastrophe für die Zementindustrie, wenn der Jahresabschluss weniger als 12 Proz. Dividende aufweisen würde. Besagt, getan. Die Betriebe sind stillgelegt. Nur ein Betrieb ruhte 4 Wochen und der andere (Werk Pöpel) wurde diesmal gründlich repariert und braucht dazu mehr als 3 Monate. Da ist nun klar, daß die Zementindustrie auf Grund dieser langen Reparaturarbeiten den entstehenden Verlust wieder wett machen muß. Das gelingt der Zementindustrie ausgezeichnet, denn sie hat ja über alle Beziehungen! In der Kommune, im Arbeitsamt, bei der Autoversicherungsgesellschaft, im Stahlhelm, bei den Landesbehörden usw. In all diesen Unternehmungen sind die Direktoren der Zementindustrie vertreten, um die Geldinteressen wahren zu können. Wenn nun einer behauptete, Direktor Ober sei z. B. Ehrenmitglied bei den Landesschützen, weil er Landesschütze sein will, dann müssen wir leise lächeln. Anders ist es: Wenn ein Zementbetrieb wieder geöffnet wird, dann werden nicht die alten Arbeiter eingestellt, sondern die Ober als Ehrenmitglied bei den Landesschützen bringt seine Kameraden im Zementbetrieb unter. In starrer Haltung, die linke Hand an der Brust und die rechte zur Empfangnahme des Einstellungsreverses bereit! „Vinsum lehr!“ Rufen in die Bunde! Zugewandt die Faxe und geschüttelt, damit die Zementbarone verdienen! „Und daß Sie es wissen, Kamerad, in meinem Betrieb sind Sie Arbeiter, von mir leben Sie, in meinem Betrieb wird es nicht geduldet, über Politik zu sprechen, Sie dürfen nicht Roter sein. Sie dürfen vor allen Dingen nicht Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes werden. Sie dürfen jedoch Mitglied im Werkverein werden, denn wir wollen nicht nach außen hin den Eindruck hinterlassen, als wollten wir Sie wirtschaftlich unfrei machen. Als Betriebsrat wählen Sie einen tüchtigen Mann, z. B. den Niemiß, der Sie zu mir geschickt hat, damit Sie Arbeit bekommen. Und wenn Sie irgendwelche Wünsche haben, dann kommen Sie zu mir, ich werde mit Ihnen schon fertig werden!“

Ein solcher Geist herrscht jetzt in der Zementindustrie! Wer will noch heute behaupten, die Zementbarone seien sozial eingekleidet? Bei jeder Betriebsstilllegung ist gesucht worden, ganz gleich, ob Arbeiter schon 10 und 20 Jahre beschäftigt waren, ganz gleich, ob der arbeitslose Zementarbeiter mit seiner Familie am Hungertuche naht, ganz gleich, ob der Arbeiter für die Zementbarone seine Körperkraft vollkommen geopfert hat, nichts gilt, nur das eine: er muß Landesschütze sein und sich verpflichten, zu denselben Löhnen zu arbeiten wie bisher! Das wahre Gesicht der Zementindustrie sieht so aus: Auf Kosten niedriger Löhne und langer Arbeitszeit die Betriebe

des gesteigerten Wohnungsbaus. Trotzdem konnte die Kapazität in den letzten Jahren nur zu ungefähr 90 Proz. ausgenutzt werden. Schon allein daran kann man ersehen, welche Umwälzungen sich auch in der Ziegelindustrie in technischer Beziehung in den letzten Jahren vollzogen haben müssen.

Die geringe Ausnutzung der Kapazität führen die Unternehmer meistens auf die „hohen“ Löhne, die sozialen Lasten und die Zwangswirtschaft im Wohnungsbau zurück. Würden die Löhne und sozialen Lasten nicht so hoch, die Zwangswirtschaft einmal gefallen sein, so wäre ein größerer Anreiz für die private Bautätigkeit vorhanden. Dann würde auch wieder eine größere Beteiligung für die Ziegelindustrie eintreten. Daß dies Trugschlüsse sind, brauchen wir nicht extra auseinanderzusetzen. Das geben aber auch die ehrlichen unter den Ziegeleibehrer zu. Wir sind der Auffassung, daß nur ausreichende Löhne, guter sozialer Schutz usw. die Wirtschaft stützen können. Betrachtet man aber, daß die fortschreitende Technik und Modernisierung nur allein unter dem Gesichtspunkt sich vollzieht, einen angemessenen Gewinn für den Unternehmer zu sichern, ohne daß eine Verbilligung des Produktes eintritt, und ohne daß höhere Löhne gezahlt werden, so muß man vollk Wirtschaftlich die Nationalisierung als Schlag bezeichnen. Denn dann bedeutet Modernisierung und Verbilligung weiteren Kapitals nur Reinvestierung, welche der Volkswirtschaft keinen Nutzen bringt, sondern allein den Unternehmern ihre Existenz auf der bisherigen Grundlage sichert.

Daß nur starke gewerkschaftliche Organisationen Einfluß auf das Wirtschaftsleben gewinnen und die Modernisierung und Nationalisierung für die Allgemeinheit und besonders auch für die Arbeiterkraft günstig beeinflussen können, müßte auch allen Zieglerkollegen klar sein.

Da die Gewerkschaft, der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, einen Lohnvertrag mit Lohnabbau abzuschließen nicht gewillt ist, legt man den im Betriebe befindlichen und zur Kampagne neu einzuwickelnden Reuten Reyer vor, nach welchen die Lohnsätze um 10 Proz. abgebaut werden und die Akfordhöhe noch einen viel unerschämteren Abbau vorsehen. Wahrscheinlich ein feines Mittel, die Follage der Arbeiterkraft und die über- große Arbeitslosigkeit anzunutzen und ihr eine Lohnreduzierung aufzuzwingen.

Wenn sich auch leider Arbeiter finden werden, die der Not gehorchend Arbeit annehmen oder weiterarbeiten, um ihren Dissen Brot nicht zu verlieren, wird sich doch für die Dauer der Kampagne ein mit solchen Mitteln erzwingener Wirtschaftsfrieden nicht aufrecht erhalten lassen. Die Folgen, wenn es in der Industrie nicht zur Ruhe kommt, tragen die Arbeitgeber.

Auch die Ziegeleibehrer in den Kreishauptmannschaften Sachsen, Chemnitz, Leipzig und Zwickau haben ebenfalls die Lohnverträge aufgekündigt und einen 10prozentigen Lohnabbau verlangt. Mit Ausnahme von Chemnitz und Leipzig, wo die Verträge zum 30. April 1930 ablaufen, verlangen die Unternehmer ebenfalls Unterchrist unter Reyer, wonach sich die Arbeiterkraft mit dem 10prozentigen Lohnabbau am 1. April 1930 einverstanden erklären soll. Da die Kreisverbände Mitglied des Landesverbandes der Sächsischen Ziegeleien e. V. sind, geht man wohl nicht fehl, wenn man vermutet, daß letzterer Verband die Kreisverbände entsprechend beeinflusst hat.

Die Arbeitgeber in der Ziegelindustrie glauben die Zeit für sich gekommen, wo sie die Löhne herunterschieben können. Nehmen die Arbeitgeber der Ziegelindustrie in der Folge keine andere Haltung ein, so sind erste Konflikte nicht zu vermeiden.

In die Ziegeleiarbeiter aber ergeht die Aufforderung, keine Unterchrist zu leisten, welche sie zu Lohn- und Arbeitsbedingungen zwingt, die für sie nicht erträglich sind. Auch an die außerhalb der Betriebe stehenden Arbeiter ergeht das Ersuchen, Arbeit zu solch abgebauten Lohnsätzen nicht anzunehmen und sich als Lohnrücker nicht herzugeben.

In alle arbeitervreundlichen Mütter eracht das Ersuchen um Abdruck dieses Artikels.

rationalisiert, dadurch Arbeiter übrig gemacht, genug verdient, daher Stilllegung, während dieser Zeit wieder die Betriebe erneuert und instand gesetzt, bei Wiederaufnahme des Betriebes werden nur soandsoviel Arbeiter benötigt, und weil ein Überangebot an Arbeitskräften vorhanden ist und weil jeder Arbeitslose nach Brot lechzt, werden die Arbeiter bei der Einstellung bevorzugt, die billig und willig sind, die noch kräftige Knochen haben, und die eventuell noch eine kleine Landwirtschaft besitzen, für den Fall, daß der verdiente Lohn zum Lebensunterhalt nicht ausreichen sollte, um Ertrag aus dem landwirtschaftlichen Betriebe zu haben. So wird der Arbeiter zum Proletariat! So wird er arm und ausgefaugt! Ist das geschehen, dann wird er heilste geworden wie eine ausgepreßte Zitrone, und ein neuer Schuß wartet, um dasselbe Schicksal zu erleben! Wie lange noch? Efr. P.

Steigender Zementexport in England.

Nach dem in der kürzlich abgehaltenen 31. Jahresversammlung erstatteten Bericht hatte der britische Zementtrust (Associated Portland Cement Manufacturers Ltd.) im Jahre 1929 einen Reingewinn von 935.000 Pfd. Sterling aufzuweisen. Die Einfuhr und Ausfuhr von Zement war in den letzten Jahren wie folgt (in 1000 To.):

	1926	1927	1928	1929
Einfuhr	330	417	276	277
Ausfuhr	519	754	910	1092

An dieser Ausfuhr war die Gesellschaft mit 800.000 To. beteiligt. Sie besitzt Anlagen nicht nur in Großbritannien, sondern ist auch an überseeischen Fabriken beteiligt, und zwar in Britisch-Kolumbien, Südafrika, Mexiko und Indien. Das indische Werk (Sone Valley Portland Cement Co.) ist jetzt auf das Doppelte vergrößert worden.

Günstige Entwicklung der Kanadischen Zementindustrie.

Im Gegenjahr zur Zementindustrie in U. S. A., die im Jahre 1929 einen Rückgang der Produktion und des Absatzes zu verzeichnen hat, weist die kanadische Zementindustrie eine günstige Entwicklung auf.

Die Produktion betrug

	Wert der Produktion	Prozentualer Zuwachs
	in t	in t
1928	1.874.068	16.730.163
1929	2.087.104	19.595.000

Umgerechnet ergibt die Summe einen Preis von 394,20 RM für 10 t. An Kalk wurden im Jahre 1929 produziert 531.226 t im Werte von 4.278.000 Tollar.

Geme und Zahlstellen

Gau 1, Frauentonferenz.

Am 5. und 6. April fand in Braunschweig eine Frauentonferenz des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 1, Hannover, statt. An der Konferenz nahmen 64 Kolleginnen und 7 Kollegen teil. Eröffnet wurde die Konferenz am 5. April, abends 6 Uhr, durch den Kollegen Scheinhardt. Die Konferenz wurde geleitet von den Kolleginnen Schlimme-Braunschweig und Niemeyer-Dameln. — Im Austrage der Zahlstelle Braunschweig begrüßte der Kollege Reinowski die Konferenzteilnehmer.

Referent „Die Arbeiterinnenfrage in der internationalen Gewerkschaftsbewegung“ sprach die Kollegin Zammert-Hannover. Sie führte folgendes aus: Der Internationale Gewerkschaftsbund zählt gegenwärtig 13 1/2 Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter. Zur Zeit sind erst freigewerkschaftlich organisiert 1 085 000 Arbeiterinnen. Das sind 14 Proz. der gesamten Mitgliederzahl. Nach Feststellung des Internationalen Arbeitsamtes werden in den gewerblichen Betrieben der Welt etwa 60 Millionen Frauen und Mädchen beschäftigt. Stellt man die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen und die der organisierten gegenüber, so sieht man, was für eine große Aufgabe die Arbeiterinnen aller Länder noch zu erfüllen haben. In allen Ländern der Welt erhält die Frau einen geringeren Lohn als der Mann. Infolgedessen muß in allen Ländern der Lohnpolitik bei der Festlegung der Löhne für Arbeiterinnen besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden. Unser nächstes Ziel muß sein, an die Männerlöhne näher heranzukommen.

Die Kollegin Zammert zeigte an einer Reihe von Beispielen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen in den verschiedenen Ländern. Überall sehen wir, daß die Arbeiterin bestrebt ist, für ihr Leben und ihre Gesundheit besondere Schutzbestimmungen durchzusetzen. — Aber dem Streben nach wirtschaftlicher und politischer Gleichberechtigung stehen in den verschiedenen Ländern der Welt starke Hindernisse entgegen. Die bisherigen Erfolge, welche die Arbeiterinnen durch ihre gewerkschaftliche Organisation erreicht haben, geben uns das Recht, zu hoffen, daß es uns durch ernste und unermüdete Arbeit gelingen wird, alle Vorurteile zu beseitigen, die gegenüber der Frau in wirtschaftlicher und politischer Beziehung bestehen.

Am Sonntagvormittag sprach Frau Ministerialrätin Trapp-Berlin über „Der Schutz der Arbeiterin im gewerblichen Betriebe“. Die Referentin führte folgendes aus: Es ist nicht möglich, in diesem Rahmen auf alle Einzelheiten einzugehen. Es soll vielmehr gezeigt werden, daß auch der Staat sich bemüht, seinen Aufgaben gerecht zu werden, die Erwerbstätigkeit seiner Arbeiterinnen und Arbeiter zu schützen. Mit Beginn des 19. Jahrhunderts fing der Staat an, praktische Sozialpolitik zu treiben. Der Schutz des Staates erstreckt sich aber zunächst nur auf die Kinderarbeit. 1849 wurde verboten, Kinder unter 9 Jahren im gewerblichen Betriebe zu beschäftigen. Kinder über 9 Jahre durften 10 Stunden beschäftigt werden. Nach unserer heutigen Anschauung über die Kinderarbeit erscheinen uns die Bestimmungen recht grausam. Erst 1883 beschäftigte man sich mit dem Schutz der jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter. 16 Jahre später trat die Gewerbeordnung in Kraft. Durch die Entwicklung der Industrie und durch den damit verbundenen Aufstieg der Arbeiterklasse wurde der Arbeiterschutz in ganz andere Bahnen gedrängt. Die Fabrikinspektionen wurden erweitert zu Gewerbeinspektionen. 1878 begann der Schutz für erwachsene Arbeiterinnen, zunächst im geringen Umfang: Der Wechsellagerungschutz; das Arbeiten schwangerer Frauen unter Tage ist verboten. — Die erste Gewerbeaufsichtsbeamtin wurde 1900 in Preußen angestellt.

Grundlegend für den gewerblichen Arbeiterschutz sind die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung und die Verordnung über den Achtstundentag, § 120a und 120e der Reichsgewerbeordnung behandeln den Schutz der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen und Jugendlichen.

Zur Mithilfe für den Schutz der Arbeitskraft ist auch im Betriebsstrafgesetze bestimmt worden, daß der Betriebsrat die Aufgabe hat, die Unfallgefahren zu bekämpfen. In Preußen sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten die Betriebsvertretungen bei Besichtigungen der Betriebe mit hinzuziehen.

Die Gesundheit ist das vornehmste Gut eines jeden Volkes. Es muß jede einzelne Arbeiterin darauf bedacht sein, ihre Gesundheit zu erhalten. Da die Gesundheit des Menschen auch von der Länge der Arbeitszeit abhängig ist, wird der Gewerbeaufsichtsbeamte in erster Linie prüfen, ob die Arbeitszeit und die vorgeschriebenen Pausen eingehalten werden. Die jetzigen Bestimmungen über Pausen (Minutepausen) lauten:

- bis 4 Stunden keine Pause,
- bis 6 Stunden 1/2 Stunde Pause,
- bis 8 Stunden 1 Stunde Pause, und
- über 8 Stunden Bestimmungen der §§ 136 I und 137 A der Gewerbeordnung.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sollen mindestens eine Stunde Mittagspause haben.

Die Arbeitsräume sollen hell und luftig sein. Leben und Gesundheit sollen geschützt werden. Der Arbeitsraum soll mindestens 3 m hoch sein und für jeden darin beschäftigten Arbeiter sollen 10 cbm Luftinhalt in Frage kommen. Der Arbeitsplatz und der Arbeitsraum sollen gut und ausreichend beleuchtet sein. Die Fenster müssen sich ausreichend öffnen lassen. Die Wände des Arbeitsraumes sollen glatt sein, damit sich der Staub nicht ansammelt. Die normale Temperatur des Arbeitsraumes soll 16 bis 18 Grad Celsius betragen. Alle beweglichen Maschinenteile, mit denen Menschen in Berührung kommen, müssen mit Schutzvorrichtungen versehen sein. Auch die Arbeiterin soll eine gut sitzende Arbeitskleidung tragen. Keine Arbeiterin soll ohne eine Haarschutzhaube an beweglichen Maschinen arbeiten. Schutzhelme sollen sich an den vornehmlichen Grundrissen des gewerblichen Arbeiterschutzes.

Das je 5 Arbeiter im Betriebe soll ein Sanitätsrat und ein Sanitätskassenschatz. Bei fehlender Sanitätsrat kann von dieser Vorrichtung Abstand genommen werden. Es müssen aber Sanitätsrat mit Sanitätskassenschatz zum Sanitätsrat herangezogen. Die Tätigkeit von Sanitätsräten in gesundheitsgefährlichen Betrieben soll verboten werden. Sanitätsratungen müssen ebenfalls verboten sein. Sanitätsratungen müssen für Arbeiterinnen besonders herangezogen werden. Die Überwachungen sollen gut beleuchtet sein. Für 50 Arbeiterinnen soll im Betriebe ein Abort vorhanden sein. Bei Sanitätsratungen und Überwachungen in darauf zu achten, daß die zu leitende Leben nicht zu hoch ist und die Arbeitsräume nicht überfüllt sind.

Nach § 136 der Reichsgewerbeordnung dürfen Kinder unter 13 Jahren die nachfolgenden Hand nicht beschäftigt werden. Solange die nicht mehr beschäftigt sind und das 11. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, dürfen nur 6 Stunden am Tage mit Ausnahme einer beschleunigten Woche beschäftigt werden. Die Ausführungen der Ministerin Trapp wurden von der Konferenz mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. In das Referat über die Zahlstelle Braunschweig

Der Kollege Scheinhardt gab dann einen Bericht über den Stand der gegenwärtigen Lohnbewegungen. Die nächste Frauentonferenz findet in Goslar statt. Die gut verlaufene Konferenz wurde kurz nach 1 Uhr geschlossen.

Köslin. Konferenz der Bezirkszahlstelle.

Am 13. April hielt im Volkshaus Köslin die Bezirkszahlstelle Köslin unseres Verbandes eine Konferenz ab. Als Delegierte waren 39 Vertreter aus 8 Ortsgruppen erschienen. Für die Gauleitung war der Kollege Wiesenhütter, Stettin, anwesend.

Nach der Begrüßung der Erschienenen nahm Kollege Rämmer zum Thema „Wirtschaftslage und Agitationsarbeit“ das Wort. Er legte in seinen Ausführungen die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit dar. Der Kampf für die Erhaltung der Grundlagern der Arbeitslosenversicherung hat zum Rücktritt der Regierung Müller geführt. Durch das Eingreifen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bzw. des Industriellen Vorlig hat sich das Klasseninteresse des deutschen Unternehmertums klar gezeigt. Die Gewerkschaften fordern zur Behebung der Konjunktur Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Aufhebung der Kapitalperre. Unter Hinweis auf die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gegenüber den Verhältnissen der Vorkriegszeit und den Begleiterscheinungen der Nationalisierung zeigt der Redner an Hand von Zahlen den Produktionsrückgang in den verschiedenen Industrien der letzten Jahre auf. Er verweist dabei auf die Erscheinungen, die sich in der Bevölkerungsbewegung in Deutschland zeigten. Nach den vorliegenden Berichten muß befürchtet werden, daß die Wiederbelebung der Konjunktur besonders im Zahlstellengebiet noch auf sich warten lassen wird. In den Ortsgruppen sind darum in den kommenden Wochen die bestehenden Lücken auszufüllen, die noch abseitsstehenden unorganisierten Kollegen zu gewinnen und in die Organisation einzugliedern.

In der Debatte wurden von den Delegierten die Verhältnisse in den einzelnen Ortsgruppen dargelegt und die Agitationsmöglichkeiten besprochen. Kollege Wiesenhütter erweiterte noch die gegebenen Einzelheiten nach verschiedenen Richtungen und verwies insbesondere auf die Auswirkung der Politik der amtierenden Regierung im Verhältnis zum Ausland.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung wurden vom Kollegen Rämmer „Fragen des Arbeitsrechts“ behandelt. Er behandelte die Rechtsgrundlagen bei den Betriebsratswahlen, verwies auf die Entscheidung des Reichsarbeitsministers, den Ablauf der allgemeinen verbindlich erklärten Tarifverträge betreffend, erklärte die Begriffe im Tarifwesen, brachte auf Grund von geführten Arbeitsgerichtsfilgen an Hand von Reichsarbeitsgerichtsentscheidungen die Bedeutung der sogenannten Abschlußquittungen zum Vortrag und besprach die Bedeutung des Bündelholzmonopolses im Falle einer Betriebsübernahme der unter das Gesetz fallenden auch im Zahlstellengebiet vorhandenen Werke. Mit der Ermahnung, bei Einreichung von Klagen die notwendigen Angaben ordnungsgemäß weiterzuleiten, wurde der Punkt erledigt.

Im Punkt „Zahlstellenangelegenheiten“ wurden einige interne Angelegenheiten besprochen, unter anderem der Gedanke, zur Verstärkung der Agitationsarbeit und zur Ersparung von Arbeitszeit ein Auto anzuschaffen. Nach Austausch von Erfahrungen und Wünschen der Ortsgruppen wurde einstimmig beschlossen, der Verwaltung anzugeben, die nötigen Unterlagen zu beschaffen und die Anschaffung vorzubereiten. Bericht wurde dann über den Verlauf der Parteiverhandlungen zum Neuabschluss des Manteltarifvertrages für die Biegelindustrie. Da nur über einige Fragen Übereinstimmung erzielt werden konnte, in vielen Fragen, wie Arbeitszeit, Urlaub, Auslegung des § 116 des BGB, die Arbeitgeber Verschlechterungen durchsetzen wollten, was von dem Vertreter des Verbandes abgelehnt worden ist, so wird erneut vor dem Schlichtungsausschuß zu der Sache Stellung genommen werden müssen. Kollege Rämmer machte dann noch auf das in diesem Jahr eintretende 40jährige Bestehen der Organisation und der dazu erscheinenden Festschrift aufmerksam. Diese soll unter den Mitgliedern vertrieben werden, damit rückwärtig Weg und Ziel, Aufbau und Arbeit der Organisation gewürdigt werden können. Um 14 Uhr nachmittags wurde die vom besten Kampfesgeist getragene Konferenz geschlossen.

Steinach, Jubiläumsfeier.

Im Saal an festlich geschmückter Tafel sitzen die 17 Jubilare mit ihren Lebensgefährtinnen. Ein paar Blumen schmücken die Ehrenstühle — aber es liegt doch über allen eine Feierstimmung, als die Musik beginnt. Von Rot und harter Ironarbeit ergrast sind die Kollegen und neben ihnen sitzen ein paar jüngere, denen man die Last des Vierteljahrhundert's Lohnarbeit und Gewerkschaftskampf nicht anheilt.

Willi Hampe begrüßt für die Zahlstelle Steinach-Landau-Neubaus herzlich und dankt den Jubilaren, die es ermöglichten, daß wir feiern können. Dank sagt er dem Organisationsgründer Eduard Wagner, Karl Bieweg und Ch. Sell. Der ältere Tarifvertrag für die Hüttenarbeiter mit erkämpft und sind im Krieg aus unsern Reihen getrieben. Gedächtnis Paul, Otto Weg, Lippold, Werner — Hermann Richter nahm der Tod in den Jahren — aus unserer Mitte. Viele Glückwünsche kann er übermitteln dem Hauptvorstand, der benachbarten Zahlstelle Sonneberg, der organisierten Arbeiterschaft von Neubaus — „Bund der Zahlstellen“ hat seinen Vertreter entsandt. Landtagsabgeordneter Genosse Paul Pary begrüßt für die Organisation. Steinachs die Verammelten mit den Worten: Der Glas- bzw. Fabrikarbeiterverband hat in diesem Gebiet in den 25 Jahren harte Winterarbeit geleistet, die viel härter ist als in den Industriezentren. Damals gab es am Ort nur eine Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes. Hinweisend auf die politischen Verhältnisse im Reich und im Land fordert er zur Aktivität und zum Zusammenstehen auf. Wir haben weiterzukämpfen für die Ziele der Gewerkschaften! Nur die Glasbläsergenossenschaft überbringt Reinhold Habalein-Landau Grüsse und gedenkt ehrend des Gründers Eduard Wagner. Dann tritt einer der treuesten Funktionäre der Christbaumhüttenarbeiter vor, der typische Hüttenarbeiter, von Rot und Nummer ein wenig gebeugt, aber stolz dort, wo ihn seine Kollegen stellen; seit Monaten ohne Arbeit, vielmehr für immer, denn Tarifstreik und Gewerkschaftskämpfe sollen von den Verlegern „müde“ gemacht werden: Wilhelm Böhm. Er bedauert, daß die Hausarbeiter der Organisation die Treue nicht hielten und vor dem Streik aus der Gewerkschaft flüchteten. Sie sind wiedergekommen, weil sie müde. Sichtbare Erfolge sind erzielt, sie werden verteidigt und verkannt. Er wünscht herzlich, daß der Organisationsrat in der Hausindustrie fest verwurzelt.

Dann singen die Arbeiterjünger ihren schönsten Kampfgesang: Lord Falloon! Kollegin Bonny Finger regitiert, eine Dichtung würdigt die Hüttenarbeit, die Jubilare sind bis auf zwei Hüttenarbeiter.

Gauleiter Kollege Robert Dornheim-Ilmenau hält die Festansprache, würdigt vor allem die Schwierigkeiten in der Vorkriegszeit. Von Steinach ist die Bionierarbeit geleistet worden. Durch die Fähigkeit der Jubilare ist die Organisationsgründung vor dem Zusammenbruch bewahrt worden. Heute ist die Gewerkschaftsorganisation Selbstverständlichkeit. Das war anders, damals mußte mit dem Widerstand der Unternehmer, der Polizei und aller reaktionärer Mächte gerechnet werden. Die Firma verlangte eine Mitgliederliste (wer laßt heute nicht ob solchen Verlangens), die einmütige Ablehnung führte zur Ausberrung. Die Kollegen hielten Stand, der Kampftrupp bestand seine Feuerprobe glänzend. Mühten auch viele fern von ihren Familien arbeiten, nach einem Jahre war die Firma bezwungen, sie ersuchte um Wiederaufnahme der Arbeit. Abschaffung der Sonntagsarbeit, geregelte Rufen, Lohnerhöhung waren der Erfolg, der auch anderen Arbeitern zugute kam. Die Gewerkschaften haben materiell wesentlich zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter beigetragen, wenn nicht alles erreicht ist, sind die Schuld, die sich nicht in die Gewerkschaft eingeordnet haben. Nicht geringer sind die ideellen Erfolge. Die Gewerkschaft hat die Arbeiter-schaft erweckt, hat sie einen Blick in das Land ihrer Sehnsucht tun lassen. Ein Vergleich der heutigen mit den Vorkriegsverhältnissen bestätigt, daß wir vorwärtsgekommen sind. Die Glasbläsergenossenschaft, die Genossenschaft für chemisch-pharmazeutische Glaswaren, der Fachauschuß sind auf das ideale Wirken des Glasarbeiterverbandes zurückzuführen. Herzliche Gedenkworte widmet er den toten Kollegen, die sich für die Festigung der Zahlstelle eingesetzt haben:

Ihr Werk lebt und sie leben in diesem Werk! Die jüngere Generation muß weiterbauen. Dem alten Ziel der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft wird die Gewerkschaft immer dienen, darüber hinaus wollen wir eine neue Gesellschaft bauen.

Nicht minder bekannt und geschätzt als Robert Dornheim ist Carl Erbzig, der alte ergaste Kämpfe mit dem begeisterten jungen Herzen, der die Ergrung der Jubilare verinnert: 25 Jahre gehen an den Menschen nicht spurlos vorüber, in der Geschichte der Arbeiterbewegung sind sie eine kurze Spanne Zeit. 17 Jubilare in dieser kleinen Gewerkschaft, das will etwas heißen. Ihren Frauen müssen wir danken, wenn sie tren blieben. Was wären wir Männer ohne den Opferwillen unserer Frauen? Wenn der Sängler die Leute schlägt, singt er von den Schönheiten des Landes Thüringen, der Kerle Deutschlands. Hier ironen die armen Glasbläser, die der Welt so viel gegeben haben. Was aber gab euch die Welt? Nichts! Was wir besitzen ist in schweren Kämpfen erungen. Diese Alten, die wir ehren, sind der Jugend leuchtendes Vorbild! Eines Tages wird das Proletariat von seiner ganzen Kraft Gebrauch machen müssen! Das Gedenkblatt ist ein Symbol, das die Kinder in Ehren halten sollen. Unser Dank kommt aus dem Herzen, er wiegt schwer. Etwas anderes können wir nicht geben. Mit herzlichen Worten überreicht er den Kollegen das Gedenkblatt des Verbandsvorstandes.

Für die geehrten Jubilare dankt Christian Wittig, der Leiter der Zahlstelle. Er spricht Erinnerungen auf aus der Zeit, die zur Geburtszeit der lokalen Gewerkschaftsbewegung wurde, gedenkt der toten Kollegen und appelliert an die Jugend und an die Frauen, das Werk voranzutreiben, für die Gewerkschaftsbewegung unablässig zu wirken.

Der Gesamtchor der Arbeiterjünger singt prächtig die Internationale. Die Soz. Arbeiterjugend spricht einen Sprechchor und lobt durch ihn Treue der Klasse. Treue dem Arbeiterkampf für ein schöneres Leben. Vorwärts die Lösung der Jungen. Gemeinam wird „Früher zur Sonne“ gesungen. Die erste Feier ist beendet, ein probes ungezwungenes Beisammensein hält die Teilnehmer noch lange zusammen.

J. Barth-Sonneberg.

Rheinzabern, Zahlstelle.

In unseren Verbandszeitungen „Keramischer Bund“ und „Proletarier“ wurde namentlich in der letzten Zeit des Jähren über Jubiläumsfeiern geschrieben. Wenn man solche Berichte zu Gesicht bekommt, fühlt man unwillkürlich die Freude dieser älteren Jubiläumskollegen mit. Und wenn unsere Zahlstelle heute in dieser Sache einiges anführt, so soll es zwar keine Jubiläumsfeier sein, vielmehr wollen wir aber den Kämpfern, welche frühzeitig in unserer rabenschwarzen Gegend oft unter den schwierigsten Verhältnissen für unsere Sache kämpften, einige Worte der Anerkennung widmen.

Es ist dies in erster Linie der Koll. Sent, Jacob aus Wörth. Am 10. Mai 1874 in Wörth a. Rhein geboren, fand am 14. Februar 1906 den Weg zu unserer Organisation. Selbst in den kritischen Jahren 1912 und 1913, wo die wenigen organisierten Kollegen aus Pfalzler geworfen wurden, hielt er der Gewerkschaft die Treue. Die jüngste Nationalisierung aber hat auch ihn nicht verschont, er wurde aus den Betrieben hinausgeworfen und muß heute das berühmte Stempelgeld holen.

Als zweiten möchten wir den Koll. Meß, Emil nennen. Als 20jähriger Arbeiterkollege fand er am 29. Juli 1907 den Weg zur Organisation.

Als dritten im Bunde nennen wir den Kollegen Johannes Hörn aus Ruhardt. Am 28. April 1870 geboren, mußte er als Wanderziegler in seiner frühesten Jugend schon die schwersten Arbeiten verrichten. Die bitteren Erfahrungen dieser schweren Arbeit, welche übrigens mit schlechtem Lohn bezahlt wurde, führten ihn in seinem 40. Lebensjahr in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Bald wurde er überzeugter Gewerkschaftler. In den schweren Kriegsjahren hat er die Stelle eines Unterfasserers versehen. Da in der näheren Umgebung noch keine Zahlstelle vorhanden war, mußte er seine Wochenbeiträge in dem 5 Stunden entfernten Karlsruhe abholen. In den Wintertagen des Jahres 1919 wurde die Zahlstelle Rheinzabern gegründet. Erst von da ab war es für diesen Kollegen etwas leichter, da er nur noch eine Stunde weit hatte. Als fernerer Saisonarbeiter mußte er seine Stelle im Jahre 1921 wieder aufgeben, bis er im Jahre 1926 in der Nähe der Zahlstelle wieder in Arbeit treten konnte. Von da ab fassierte er die Wochenbeiträge wieder regelmäßig ein bis auf den heutigen Tag. Die Zahlstelle Rheinzabern hat in Hörn einen pflichttreuen arbeitssamen Hilfsfasserer gefunden, einen der eifrigsten Mitarbeiter und Kämpfer für unsere Organisation.

Sein unbestätigter Idealismus umrahmt von Nächstenliebe, unterstützt von seinen lieben Familienangehörigen, lassen ihm die mühevollen und entlagungsreiche Kleinarbeit leisten. Zu deinem am 28. April d. J. stattfindenden 60. Geburtstag senden wir dir die herzlichsten Grüsse. Zu deinem 20jährigen Gewerkschaftsjubiläum gratulieren wir dir von Herzen. Möge es dir vergönnt sein, noch lange Jahre in unserer Reihen zu kämpfen.

Johannes Hörner, alter treuer Kollege und Mitkämpfer, wir grüßen dich.
Weiter finden wir als stillen Mitkämpfer unseren Kollegen B. o. h., August. Am 21. Dezember 1873 in Auhardt geboren, fand er am 31. Januar 1910 den Weg zu unserer Organisation. Auch dich, Kollege, grüßen wir und senden herzliche Glückwünsche zu deinem 37jährigen Mitgliedsjubiläum.

Leipzig, Jubilarehrung.

Ende März veranstaltete unsere Zahlstelle ein Frühjahrsvergnügen verbunden mit Jubilarehrung. Der Große Saal des Leipziger Volkshauses mit seinen beiden Nebensälen war, wie man hier bei uns sagt: „gerammelt voll“. 226 Jubilaren konnte die vom Hauptvorstand gestiftete Ehrenurkunde überreicht werden. Unter den Jubilaren befanden sich auch noch zwei Kolleginnen und fünf Kollegen, die die Zahlstelle Leipzig mit gegründet hatten. Leider konnte vom Hauptvorstand kein Mitglied anwesend sein und deshalb hatte unser Kollege J. o. r. n. e. r die Ansprache übernommen und übermittelte zunächst die Glückwünsche des Hauptvorstandes und der Zahlstellenleitung. In seinen Ausführungen wies er auf die Verhältnisse hin, wie sie früher gelegen haben und unter welchen Umständen die Kolleginnen und Kollegen früher arbeiten und agitieren mußten.

Den Wert des Zusammenchlusses könnten wir am deutlichsten erkennen, indem wir uns das Erzeigte vor Augen hielten; in Arbeitsrecht, Tarifpolitik, Sozialpolitik sind Errungenschaften erzielt, die vor 25 Jahren noch von unseren Gegnern als utopische Forderungen hingestellt wurden. Nur durch den Zusammenbruch und die Treue zur Organisation sind diese Forderungen Wirklichkeit geworden. Ein besonderes Jubiläum feierte der Kollege M. a. z. G. a. s. c. Er ist 25 Jahre als Hilfskassierer in unserer Zahlstelle tätig. Was das zu bedeuten habe, könne ein großer Teil gar nicht ermessen. 25 Jahre Sonntag für Sonntag treppauf, treppab, der Witterung und anderen Unbilden getrotzt, verdiente dieser Kollege eine besondere Ehrung. Es ist in unserer Zahlstelle bereits der dritte Kollege, der das Hilfskassierersjubiläum feierte. Kollege Jörner überreichte ihm ein Geschenk vom Hauptvorstand, außerdem ein Geschenk der Zahlstelle. Zum Schluß forderte der Redner die jüngere Generation auf, es den Alten gleich zu tun, der Organisation die Treue zu bewahren, im gleichen Sinne zu arbeiten wie die Jubilare, dann könnten wir getrost in die Zukunft schauen und sind gerüstet zu neuen Kämpfen. Mit einem Hoch auf unseren Verband schloß er seine, mit großem Beifall aufgenommene Ansprache. Bei Tanz und guter Stimmung blieben die Anwesenden noch lange beisammen und manche Gruppe Jubilare konnte man beobachten, die Erinnerungen aus früheren Zeiten austauschten.

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse.

Aussgeschlossene wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Alschaffenburg: Ludwig Roth, Buch-Nr. 775 120, Josef Kern, Buch-Nr. 8 II 775 190, Bernhard Sauer, Buch-Nr. 8 II 688 261; Calbe an der Saale: Otto Durau, Buch-Nr. 263 708; Güstrow i. M.: Werner Bob, Buch-Nr. 623 542, Eugen Kubaer, Buchnummer 8 II 531 826; auf Grund des § 14 Ziffer 3a das bisherige Mitglied der Zahlstelle Gollnow i. Pom.: Emil Kocpnick, Buchnummer 8 II 254 261.

Göppingen.

Für die Zahlstelle Göppingen (Württemberg) ist der Kollege Eugen M. a. j. e. r, Heilbronn, gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank!
Die Gauleitung des Ganes 11.

Arbeitsmarkt.

(Inserate unter Chiffre werden nicht aufgenommen.)
Ein verfeilter Wehremacher für starke und schwache Weher sucht baldigst geeignete Stellung in einer Glashütte. Offerten unter „F. 17“ an die Red. „Keramischer Bund“.
Tüchtiger 34jähriger Scheibenschleifer, gut eingearbeitet auf Felde, Römer, Bajen, Beleuchtungsglas usw., sucht Stelle. Offerten erbeten an Josef K. a. b. l. e. r in Quadrat/Wertheim, Graf-Dtto-Str. 23.

Literarisches.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in b. H., Berlin S 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 RM., für Organisationsmitglieder 2,85 RM.
Unter den 80 bestausgestatteten Büchern des Jahres 1929, die von der Jury der Deutschen Buchkunstausstellung zum Tag des Buches 1930 unter 60 000 Büchern ausgesucht wurden, befinden sich vier Bücher, die in sozialistischen Unternehmen verlegt und gedruckt wurden: „Die rote Stadt im roten Land“ im Verlag Planakuch & Co., Magdeburg, „Im Strom der Zeit“ im Buchmeister-Verlag G. m. b. H., Berlin, „Die Brücke im Dschungel“ und „Abenteuer im Eismeer“ (illustriert von Fritz Winkler) im Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin. Die höchste Instanz der deutschen Buchkunst mußte also auch die Leistungsfähigkeit der von der sozialistischen Arbeiterschaft getragenen Betriebe anerkennen.
„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des beruhtätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg 1. Berliner Str. 137. — Die Aprilnummer der „Gesundheit“, der vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegeben und an den Kassenschaltern kostenlos verteilten Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des beruhtätigen Volkes, paßt sich so recht dem halb lachenden, halb ernstem Charakter dieses Monats an. Interessenten wollen die Nummer verlangen.

Unsere Frauen u. Mädchen

Mutterfürsorge und Krankenkassen.

Im Preussischen Volkswohlfahrtsministerium fanden in letzter Zeit verschiedene Besprechungen über einen Ausbau der Mutterfürsorge für die Mütter statt. Es handelt sich darum, Mittel und Wege zu finden, insbesondere der kinderreichen Mütter, deren körperliche Gesundheit und deren geistige Spannkraft durch die häufigen Geburten, durch die Belastung mit Haushaltungsarbeit und teilweise sogar noch mit beruflichen Pflichten geschwächt ist, zu einem mehrwöchigen Erholungsurlaub in gesunder Umgebung zu verhelfen, um ihre Kräfte für die große Aufgabe der Kindererziehung zu stärken. Diesen Plan wird jeder begrüßen, der die proletarische Mutter, die zwei-, oft dreifach belastete, ewig abgehegte, von Arbeit und Sorge niedergedrückte Mutter, der weis, wie stark die Pflege und Erziehung der Kinder unter der Mühseligkeit und Verdrossenheit solcher Mütter leidet. Jedes Bestreben, auf diesem Gebiete wirklich etwas zu leisten, verdient Unterstützung. Es muß dabei aber mit aller Deutlichkeit betont werden, daß die Selbsthilfe der Arbeitnehmerin, daß die Krankenversicherung hier auch schon manches geleistet hat, wenn auch unter anderem Namen und ohne viel Worte darum zu machen.

Sowohl die weiblichen Versicherten — gerade kinderreiche Mütter müssen ja bekanntlich aus wirtschaftlichen Gründen häufig berufstätig sein — als vielfach auch die Ehefrauen der Versicherten finden, wenn ihr Gesundheitszustand es notwendig erscheinen läßt, Aufnahme in den Genesungs- und Erholungsheimen der Krankenkassen. An dieser freiwilligen Mehrleistung der Krankenkassen sind sogar die Frauen in besonders starkem Maße beteiligt. So entfallen nach der vom Hauptvorstand deutscher Krankenkassen für das Jahr 1928 gefertigten Statistik auf 100 weibliche Versicherte 37 Verpflegungstage in Kur- und Genesungsheimen, gegenüber 26 bei den männlichen Versicherten. Dazu kommen noch 20 Verpflegungstage für Familienangehörige auf je 100 Versicherte.
Gewiß, die knappen Mittel gestatten auch hier noch nicht, alles zu tun, was zum Wohle der Mütter und damit zum Wohle des künftigen Geschlechts notwendig wäre. Sicher ist es auch wünschenswert, daß die Krankenkassen unter den neuen Gesichtspunkten diesem Zweige ihrer Tätigkeit noch erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Immerhin darf nicht übersehen werden, daß sie schon bisher das meiste an praktischer Arbeit auf diesem Gebiete geleistet haben.

Zunahme der weiblichen Angestellten seit 1925.

Wir entnehmen der „Rundschau der Frau“ Nr. 3, einer Materialsammlung für weibliche Funktionäre im Zentralverband der Angestellten, folgende beachtenswerte Mitteilungen:
Das Konjunkturforschungsinstitut hat auf Grund des Bevölkerungszuwachses Berechnungen über die Zunahme der Erwerbstätigen seit 1925, dem Jahre der Berufszählung, vorgenommen. Vorausgesetzt, daß das Verhältnis von Bevölkerung und Erwerbstätigkeit das gleiche geblieben ist, hat die Frauenerwerbsarbeit zugenommen:
1925: 11,4 Mill. erwerbstätige Frauen von 31,9 Mill. Erwerbstätigen.
1929: 11,9 Mill. erwerbstätige Frauen von 33,5 Mill. Erwerbstätigen.
1930: 12,1 Mill. erwerbstätige Frauen von 33,9 Mill. Erwerbstätigen.
In dem Jahresfrist von 1925—1930 ist also die Zahl der Erwerbstätigen um 2 Millionen gestiegen, davon sollen nach dieser Berechnung 700 000 Frauen sein. Es fragt sich, wieviel von diesem Zuwachs auf die weiblichen Angestellten entfällt. Nach Stichproben des Reichsverbandes hat die Angestelltenchaft sich in dem letzten Jahresfrist um fast 500 000 vermehrt. 1925 waren fast 30 Proz. der Angestellten Frauen. Wenn dieses Verhältnis gleichgeblieben ist, müssen von dem Zuwachs von 500 000 Angestellten mindestens 150 000 Frauen sein. Die Statistik der Berufsberatung läßt aber vermuten, daß die Zahl der weiblichen Angestellten seit 1925 erheblich stärker angewachsen ist. Man kann annehmen, daß von den 700 000 Frauen, die in den letzten fünf Jahren neu ins Erwerbsleben eingetreten sind, mindestens ein Viertel weibliche Angestellte geworden sind.

„Deutsche Hausmannskost“ die gesündeste Nahrung.

Vor kurzer Zeit wurde auf einem Berliner Kongreß die bedeutende Frage der Ernährung behandelt und von mehreren Ärzten wurde festgestellt, daß die deutsche Hausmannskost die gesündeste Nahrung sei. Die Ernährungsprobleme stehen augenblicklich im Vordergrund der ärztlichen Betrachtung, da durch die großen Fortschritte der Vitaminforschung sowie der Drüsenforschungen auch eine Neuordnung der Ernährungsweise begründet erscheint. Es ist darum von großer Bedeutung, daß auch von wissenschaftlicher Seite die sogenannte deutsche Hausmannskost die durch eine Reihe von neuen Ernährungstheorien in ihrem Wert bezweifelt wurde, eine Rehabilitierung erfährt. Die deutsche Hausmannskost ist allenthalben in Gebrauch, der fest unarissen ist und nach ärztlicher Begriffsbestimmung die Ernährung der Familie auf schmackhafte und bekömmliche Weise unter Ausnutzung der hochwertigen Nahrungsmittel bedeutet, während die kostspieligen reinen Genussmittel vermieden werden. Diese Hausmannskost ist das ureigenste Werk der deutschen Hausfrau, die in jahrzehntelanger praktischer Erfahrung festgestellt hat, was der Familie guttut und was ihr schadet. Es ist

eine höchst erfreuliche Erscheinung, daß die deutschen Hausfrauen im allgemeinen auch ohne ärztliche Vorbildung einen ziemlich guten Einblick in die gesundheitlichen Werte der einzelnen Nahrungsmittel haben. Die deutsche Hausfrau hat also instinktiv durch die Praxis das Richtige getroffen und die Hausmannskost so eingerichtet, als ob sie von Ärzten beraten worden wäre. Endlich sei noch der Gesundheitswert der Speiseneinteilung erwähnt. In Deutschland findet die Hauptmahlzeit entweder um die Mittagszeit oder am frühen Nachmittag statt. Und das ist gut so! Der Körper hat nachher noch die notwendige Bewegung, um den Verdauungsprozeß zu fördern, während das späte Abendessen, das kurz vor dem Schlafengehen genommen wird, den Körper ermüdet, Verdauungsbeschwerden herbeiführt und Schlaflosigkeit verursacht. Am Abend genügen einige belegte Brote, wie sie in der deutschen Hausmannskost vorgesehen sind, oder nur einige Brote mit Tee oder einem anderen Getränk vollkommen, um das Hungergefühl zu beseitigen und den Körper frisch zu erhalten. Die reichliche Zuführung von Obst ist schließlich auch ein großer Vorzug unserer Ernährung, so daß die deutsche Hausmannskost als musterhaft bezeichnet werden kann. Ihr gegenüber haben alle anderen Ernährungsweisen wie Rohkost usw. nur Wert im Erkrankungsfall.



Fantasie von Übermorgen.

Und als der nächste Krieg begann,
da sagten die Frauen: nein!
und schloffen Bruder, Sohn und Mann
fest in der Wohnung ein.
Dann zogen sie, in jedem Land,
wohl vor des Hauptmanns Haus
und hielten Stöcke in der Hand
und holten die Kerls heraus.
Sie legten jeden übers Knie,
der diesen Krieg befehlt:
die Herren der Bank und Industrie,
den Minister und General.
Da brach so mancher Stoß entzwei.
Und manches Großmaul schwieg.
In allen Ländern gab's Geschrei,
Und nirgends gab es Krieg.
Die Frauen gingen dann wieder nach Haus,
zum Bruder und Sohn und Mann,
und sagten ihnen, der Krieg sei aus!
Die Männer starren zum Fenster hinaus
und sahn die Frauen nicht an ...
(Erich Kästner in „Lärm im Spiegel“ und „Sonnt.-Ztg.“, Stuttgart. — Das obige Gedicht müßte auf Millionen Heftel gedruckt und allen unverbesslichen Schatzkisten in die Hand gedrückt oder vorgelesen werden.)

Jugend als Volk im Staat.

Von W. Krämer.
Die Verhandlungen über das Arbeitsschutzgesetz und Berufsausbildungsgesetz haben erneut das Interesse für Staat und Wirtschaft in Verbindung mit der jungen Generation auf sich gelenkt. Der Ruf der Jugendverbände und der Jugend selbst hat Aufnahme gefunden. Die Bedeutung der Jugend im Staat und in der Wirtschaft wurde anerkannt. Das kommende Arbeitsschutz- und Berufsausbildungsgesetz muß den wirtschaftlichen und sozialen Schutz für die Jugend bringen. Dieses ist für die Erhaltung einer gesunden Jugend notwendig, es liegt aber auch im Interesse des ganzen Volkes. Ueber die Bedeutung der Jugend im Staat geben uns einige amtliche Erhebungen Aufklärung. Die folgende Zahlen, welche für sich selbst sprechen, sollen der Erkenntnis Raum geben über die Bedeutung eines Arbeitsschutz- und Berufsausbildungsgesetzes.
Im heutigen Deutschen Reich zählen wir über 65 Millionen Menschen. Der Lebensraum unseres Volkes ist aber durch den Weltkrieg und seine Folgen durch den Versailler Vertrag verkleinert worden. Nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 hat sich die Bevölkerungsbilanz vergrößert, und zwar um etwa 13 v. H. Auf 1 Quadratkilometer Lebensraum kommen 134 Einwohner. Gegenüber 1910 kommen auf 1 Quadratkilometer 123, obwohl der geschätzte Geburtenausfall während des Krieges 3 1/2 Millionen betrug. Von den 62,4 Millionen Reichsbevölkerung standen 1925 rund 23,8 Millionen Menschen unter 21 Jahren (Minderjährige). Im Alter von 14—21 Jahren waren es über 9 Millionen. Dieses die Zahlen zur Grundlegung.
Auf dem Arbeitsmarkt wird zu beachten sein und auch der Gesetzgeber hat streng mitzubedenken, daß im Jahre 1930 die geschwächten Kriegsjahrgänge die Volksschule verlassen und ihrem Eintritt in das Erwerbsleben bzw. ihrer Berufsausbildung ist besonderes Augenmerk zu schenken. Zu den grundlegenden Zahlen noch einige Angaben über die Berufszählung.
Während bei der ersten Berufszählung im Jahre 1882 42 v. H. der Bevölkerung, im Jahre 1895 43 v. H. und 1907

45 v. H. als erwerbstätig gezählt wurden, kann man für 1925 annehmen, daß über die Hälfte der Gesamtbevölkerung im Erwerbsleben steht. Man sieht also, daß die Zahl der Erwerbstätigen ganz beträchtlich zugenommen hat.
Unter den 32 Millionen Erwerbstätigen im Reich standen 1925 rund 6,5 Millionen im Alter bis zu 20 Jahren. Von denen sind etwa 3,6 Millionen männliche und 2,9 Millionen weibliche Jugendlichen festzustellen. Bei den Jugendlichen unter 16 Jahren tritt natürlich die Zahl sehr stark zurück. Mit dem zunehmenden Alter ändert sich das Bild, denn schon mit 18 Jahren stellen die Jugendlichen einen bedeutenden Faktor in der Wirtschaft dar. Die Hälfte aller Erwerbstätigen umfaßt die Altersklassen 14—30 Jahre. Dieses wird heute noch dadurch begünstigt, weil man in der Wirtschaft allgemein dazu übergeht, die Erwerbstätigen, welche über 40 Jahre alt sind, nicht mehr einzustellen.
Aus den oben angeführten Zahlen geht hervor, daß die Jugend als Arbeitskraft in der Wirtschaft nicht zu unterschätzen ist. Obwohl der Geburtenrückgang während des Krieges ganz bedeutend war, spricht die Zahl der Millionen erwerbstätigen Jugendlichen für sich selbst. Deshalb hat die Jugend nach Artikel 123 der Reichsverfassung das Recht zu verlangen: „Die Jugend ist gegen Ausbeutung zu schützen.“ Wenn ihr dieses Recht zukommen wird, dann wird die Jugend auch sein, was man von ihr verlangt. Die 6,5 Millionen starken erwerbstätigen Jugendlichen sind stolz darauf, „ein Volk im Staate“ zu sein. Deshalb der Jugend Schutz und Hilfe!

Arbeiter-Olympia 1931.

Die Sozialistische Arbeiter-Sportinternationale (S.A.S.I.) rüht zu ihrem 2. Olympia. Das 1. Olympia fand 1925 in Frankfurt a. M. statt und gestaltete sich zu einem beispiellosen Erfolg für die internationale Verbundenheit der Arbeitersportler.
In den Landesverbänden der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale, in Wien und in Würzburg (Osterr.) deuten alle Vorbereitungen darauf hin, daß das 2. Arbeiter-Olympia im Juli 1931 in Wien, und die winterportlichen Olympiastampfe im Februar 1931 in Würzburg in bezug auf Teilnahme, Organisation und inneren Wert die großartigsten internationalen Arbeitersportveranstaltungen werden.
Das 2. Arbeiter-Olympia ist nicht nur eine Angelegenheit der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale, sondern eine solche der gesamten internationalen Arbeiterbewegung. Die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale sind nicht nur Sportler, sie betrachten sich als Glieder der gesamten Sozialistischen Arbeiterbewegung und werden das besonders durch den geistigen Inhalt ihre großen Veranstaltungen in Wien und in Würzburg vor aller Welt bezeugen. Die internationalen sozialistischen Arbeitersportorganisationen werden die Fundamente der sozialistischen Arbeitersportler durch die Entsendung von Vertretern würdigen.
Während bei den Olympischen Spielen der bürgerlichen Sportler die Siege der bescheidenen „Sportkannenen“ mit ihren üblichen Begleiterscheinungen einfach alles bedeuten, stehen die Veranstaltungen der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale im Zeichen brüderlichen Geistes und sind Ausdruck der vollstimmigen Sportbetätigung in den Landesverbänden der S. A. S. I. Darin unterscheiden sich Arbeiter-Olympia und bürgerliche Olympische Spiele grundtätlich.



Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

III.

So war der alte Jaschu Gonschoreck, der den lieben langen Tag im biden Schafpelze, die Fubelmütze auf dem langsträngigen Haare, auf der Wiese lag, manchmal nur das eigene, spekulierende Ich, manchmal die Fiegen und Gänse der Muhme Mieta Wusch noch dazu hütend. An ihm hing der schwere Gauch der Worowoer Erde. In seiner Urwüchsigkeit steckte die Herbst- und Wildheit des gewaltigen Waldes. Den Gang zum Gräbelen und Spintillieren, der ihm im Bauernblute lag, hatte die Einsamkeit verstärkt und vertieft. Hand sich niemand zu ihm, dann redete er stundenlang mit sich selbst. Seine Arme fuhren wie Windmühlensügel durch die Luft, wenn sich sein Reden zum Jörn steigerte. Er schloß lag er nach solchen Ausdrücken auf dem Rücken und ließ die Gedanken mit den Wolken segeln, mit der Sonne von einem Weltenbe zum anderen wandern oder mit dem Sturme durch die Baumkronen jagen und gewaltige Kahlschläge als Niesenspur hinterlassen.

Nichts blieb ihm rundum auf Flur und Feld, im Waldgehög und in der Luft, in Bach, Sumpf und See fremd. Er hütete das Vogelgeleit und sang den raubenden Marber im Eisen. Vor einem Hedenrosenstrauch konnte er in lange Träume versinken. Im braunen Herbstnebel sah er die Geschehnisse der Zukunft voraus und wußte stets, an wessen Bett der Tod zuerst an das Kopfende treten würde.

Die Kinder gingen ihm oft genug aus dem Wege. Erst als Andreas Birkenbusch die Kühe des Güntherbauern zu hüten geschickt wurde, bekam der Alte wieder ein Echo, einen Frager und ein weites Gesicht. Wenn ich nur wüßte, daß du es einmal bist, Andreas, der hier über die Bäume hinauswächst.

So ging seine Rede tausendmal. Sein Blick suchte dabei die Weite.

Erst nach einer Weile wanderte wieder der Blick zu dem Huben zurück. Er strich ihm mit seiner rauhen Hand über das lange, blonde Haar oder er grüßte behutsam nach dem Kinderfuss, um sich das Kindergeleit zuzuwenden und in Kinderaugen zu forschen.

„Zwei haben mich schon im Stiche gelassen“, spann er den Gedanken fort. „Sie sind draußen irgendwo in der Welt. Einer fährt auf Schiffsplanen durch die Meere. Alles das, was ich ihm eingebildet habe, hat er rasgetahel vergessen. Der andere war einer von den Thierern. Ein Mondkopf so wie du. Wolf Thierern taufte ihn die Alten. Ein feiner Name! Ich glaubte fest, er würde den Großen ringsum wie ein Wolf in die Weine fahren. Krach dir eine Laus! Glend verbrochen hat er sich. Gammeln Thierern müßte er umgetauft werden. Sag ich's dir nicht alle Tage, daß in den Thierern kein Markt und Blut mehr keßt? In Wracław ist der Wasserkopf und hält das Maul. Wirft du nun auch werden wie die beiden? Geh? ... Oh! du hast helle Augen! Man müßte dir bis auf den Grund sehen können! ... Andreas, wenn dich nur nicht die Mädel zu schnell an die Kette legen! Ich weiß, sie sind hinter den hellen Augen her wie der Teufel hinter einer ungetauften Seele. Welle Augen haben tiefe Gründe. Das wissen die Dürnen in allen Ländern. Sie haben solche Burtschen gern in ihren Armen. Glaub nicht an sie! Geh ihnen aus dem Wege. Denn wenn du es nicht willst! ... Du! ... Wer denn sonst? ... Geh? ...“

„Warum denn ich?“ fragte unklar über das, was der Alte verlangte, der kleine Andreas Birkenbusch und schauerte ein wenig zusammen.

„Du?“ wiederholte Jaschu Gonschoreck die Frage selbst und sah wiederum für eine lange Weile in die aufsteigende, abendliche Wolfenwand über den Riesenwipfeln und kehrte mit einem prüfenden Blick auf den Huben in die Wirklichkeit zurück. „Du? ... Du bist ein gutes, feines Blut, Andreas. Derrenblut! Man merkt dir's an. Du bist ein wenig mehr als alle ringsum. Du bist doch.“

Hier hielt Jaschu Gonschoreck plötzlich inne. In seine Augen trat eine deutlich sichtbare Narbe und Unsicherheit. Er kratzte sich verlegen mit der Hand im Bart. Dann wurde er unwirksam.

„Da ist einmal ein junger Burich, der genau so wie du immer neugierige Fragen auf der Zunge hatte, an den Teufel geraten. Der jährte ihn durch die Głowitzer Sumpfsücher und sagte: Ich will dir als blaues Flämmlein vorausleuchten, dann wirst du den Weg zu deiner Herzallerliebsten schon finden. Ein Zerlich! ... Nabaha!“

Andreas Birkenbusch sah den Alten von der Seite an und schweig. Er ließ das Gebirge ruhig vorüberziehen. Erst als Jaschu schweigend und die Gefahr vorüber glaubte, fing er mit der gleichen Frage an: „Du weißt, wer mein Vater und meine Mutter sind, aber du willst es nicht sagen oder hast keine Ligen noch nicht alle im Saß beinander!“

Der Alte grüßte geschickt auf: „Was? Du sagst Lügen? Geh? Meinst du, ich weiß nicht, wer dich aus Worowoern untergebroden hat? Du bist ein Andackel in unserm Reist!“

„Lügenman!“

Jaschu grüßte nach der Hütebedeute, doch schon sprang Andreas auf, lief bis zur Dorfstraße und hörte von dort.

Jaschu Gonschoreck drohte mit der Faust. Dann suchte er nach einem klugen Steine, oder er warf nicht.

„Der muß nachgeben, der den andern bracht“, zimmerte er sich sein eigenes Sprichwort zurecht, steckte die Tabakspitze in die große Falttasche und wachte die Mundharmonika hervor. Nach einem prüfenden Blicke gegen die Sonne unterzog er einer ängstlichen Reizung am Ackornel. Und dann sang über die Weite ein Lied.

Der Wald trug die zärtliche Melodie zur Dorfstraße hinüber. Jaschu schaute trübselig hinterdrein. Andreas stand an die gekrüppelte Weide gelehnt, hörte zu und träumte.

Einmal stand Andreas dicht vor der Eisenbarriere. Sie sollte ihm verbleiben von Jaschu Gonschoreck werden. Es war um die Zeit der Sachengängerjahre. Den Winter über hatten die Dürren und Mädel, heimkehrend mit einigen Talern im Saß, Ising und bergunglich die ganze Zeit durch. An der Dürrens Seite hatte jeder Abend voller Gorn, Geidrei und Gering. Sonntags predigten sich die ausgelassenen Laute zu Jaschus Hornmontspiel. Die Alten und Dabeingebliebenen, bei denen die Gorken nicht so lauer lagen, waren in das Sachengängerleben wie in ein fernes, unerschlossenes Paradies. Jaschu Gonschoreck sah manch Gläsern und mancher Grotschen an. Er wußte der Dürren nicht so sicher.

Denn nicht ohne Ziel, der vierundzwanzigjährige Geschichte und seine Bursch gewesen wäre! Denn hatte die Intelligenz und Willkür in der Sachengängerzeit zu einer Barockzeit und halber Sachengängerzeit bringen verhalten. Er konnte darum das Geld schenken, wie die anderen mit einem letzten Mißklang von Reich verhalten. Jaschu Gonschoreck der erreichten Erde und des gut verhaltenen Geldes, das er nun haben eine breite Uhrzeit mit einer ganzen Anzahl Kinnader Medaillen über die Weite gepant und in der Reizung eine silberne Uhr auf zwölf Stunden, ohne Schloß aufhängbar und zwanzig Stunden schenken. Die nach Jaschu Gonschoreck schwer in die Augen. Er

duhendumal hatte er sich diese unerhörte Erwerbungszeit lassen, in der Hand gewogen, an das Ohr gelegt, nach Preis und Kauf gefragt.

„Das liegt in der Welt draußen auf der Straße herum“, versicherte immer und immer wieder Frihe Ziel. „Ein wenig anständig sein, offenen Kopf haben, fest zugreifen und schon stecken die fünf Taler im Saß.“

„So kannst du reden.“

„Hier wirst du zu dem Gelde nicht kommen, Jaschu. Aber draußen: Für dich ein Kinderspiel. Du kannst doch bequem den Leutenvogt machen!“

Der Fioh sah fest im Ohr. Andreas merkte rasch genug, daß in Jaschu etwas Gefährliches vorging. Die Schweigsamkeit beunruhigte. Als die Sachengänger Kisten, Körbe und Koffer rüsteten, rückte der Alte mit kläglichem Gesicht und verhaltener Stimme mit seiner inneren Not heraus.

„Ich muß noch einmal in die Welt hinaus, Andreas. Es hilft nichts. Die ganze Nacht über wälze ich mich ohne eine Handvoll Schlaf in den Augen auf dem Strohsack. Mit Worowo geht es bergab. Der Häuler Williger geht mit seiner Frau dies Jahr auch nach Sachsen. Seine vier Morgen kauft der gnädige Herr. Dann ist wieder einer weniger und der Wald rückt in zwei, drei Jahren bis an den Gänsestein. Der Feind steht nun schon mitten unter uns. Auf dich kann ich nicht mehr warten. Darüber werde ich alt und grau. So ein junger Grobturner wie der Ziel-Frihe trägt eine silberne Uhr auf zwölf Rubinen in der Tasche und ich alter Esel richte mich immer noch in der Zeit nach der Sonne und nach dem Wagen. Wird man dann älter, verpaßt man die Mahlzeiten. Das kann nicht so weiter gehen.“

Andreas erschraf. Sollte nun auch noch der letzte Freund von dannen ziehen? Wie sah dann die Welt aus?

„Du wolltest doch immer einen Brief an den Kaiser schreiben?“

„Ja! Das hab ich mir immer vorgenommen“, gab der Alte mit jammertlicher Stimme zu, „aber wie lange wird es noch dauern, bis du mit Tinte und Feder schreiben kannst? Das ist nicht leicht. Die Tinte will immer schneller über das Papier laufen als die Feder. So eine Kunst ist nicht leicht zu lernen.“

„Wenn ich mir aber Mühe gebe?“

„Gut! Wenn aber der Kaiser den Worowoern doch nicht hilft? Vielleicht kennt er den gnädigen Herrn genau und will ihn nicht auf die Zehen treten. Was dann?“

Er sah starr vor sich hin. Sein böses Gewissen ließ es nicht zu, Andreas in die Augen zu sehen. Schweigend hockten sie beieinander. Der laue weiche Frühlingswind strich über die Weite. Da und dort püßte bereits ein heimgekehrter Vogel. Es war leichter, in die Welt zu wandern, als bei dem linden Frühlings in dem kleinen Worowo zu bleiben. „Es muß sein, Andreas! ... Heute abend schon.“

„Wenn du's fertigbringst, dann zieh los!“ trostete Andreas und bekam ein böses Gesicht. Am liebsten hätte er geweint. Aber er schämte sich, dem Alten sein inneres Leid zu zeigen. Der machte aber auch ein Gesicht, als stünde das Tränenwasser kurz vor dem Ueberlaufen.

„Ich weiß, du kommst nicht mehr wieder. Wer soll mir dann sagen, wer mein Vater und meine Mutter ist?“

„Nomin abends nach dem Meßten an den Gänsestein. Wir wollen Abschied nehmen.“

Jaschu Gonschoreck fuhr mit dem Krumel des Felses quer über beide Augen. Unschlüssig sah er auf Andreas, schickte dann den wässrigen Blick in die Runde, über die Baumwipfel und stapfte schwerfällig nach Hause. Andreas trötte in langem Ab-

stand hinter ihm her. Dabei stieg er zur Bobentreppe empor und verlor sich im dichten Ne. Dort schloß er mit rotangewellten Augen ein. Sufschta, die Magd, suchte ihn vergeblich beim Mittagbrot. Er blieb den ganzen Tag über verschwunden. Doch sorgte sich niemand um ihn.

Als Sufschta, die Magd, am Abend mit dem Melkeimer aus dem Stalle kam, strich Andreas heimlich hinten zum Garten-tore hinaus. Schein drückte er sich die Dornbuschhede entlang. Er wachte selbst nicht, warum er das tat. Niemand hätte ihn aufgehalten, wenn er zur Straße hinausgegangen wäre. In Worowo's Armen gab es für Kinder keine Fährlichkeiten.

Weise und vorichtig auf den Zehen gehend, suchte er im beginnenden Abenddunkel einen Feldrain nach dem Wegstein. Dort ging's am Häulein der Muhme Mieta Wusch vorbei. Ein kleines Lämplein verstreute seinen klaren Schein auf die zerfahrene, tiefschleifige Dorfstraße. Dann und wann strich ein schlanker Schatten am Fenster vorüber. Andreas duckte sich tief hinter die Beerensträucher, hielt den Atem an, harpte eine ganze Weile und stieß dann im raschen Lauf am Häulein vorüber. Jetzt tauchte der Gänsestein aus dem Dunkel auf. Mit einigen Sprüngen war die Straße überquert. Aufatmend hockte sich Andreas, mit dem Rücken an den Stein ansehend, in den breiten Schatten. Drüben über dem Walde verblähte der letzte, helle Schein. Bald mußte der Mond über das Wauschwatz der Riesen steigen. Dann goß sich das gleitende Silberleuchten auf die Worowoer Flur.

Warten. Vanges Warten.

Andreas hörte sein Herz schlagen. Rundum hockte in Busch und Gezweig das friedliche Abendtschweigen. Mit aufgerissenen, gespannten Augen suchte Andreas das Dunkel über der Dorfstraße zu durchdringen. Nirgend's zeigte sich der hohe Schatten des Altes.

Wenn er sich doch noch eines Besseren besonnen hätte? Wenn alles so bliebe, wie es lange Jahre hindurch gewesen war? Oder: Wenn gerade jetzt Muhme Mieta Wusch vor die Tür trat, die Dorfstraße entlang spähte oder Jaschu in die Quere lief? Heiß! ... Die würde ... Er wagte es gar nicht zu hoffen. Noch besser wäre es, wenn man Muhme Mieta Wusch ins Vertrauen zöge. Nach verwarf er den Verratgedanken. Das wäre Feigheit und Hinterlist gewesen. Es hieß einfach, sich in das Unvermeidbare zu fügen.

Wieder rollten ihm die Tränen die Waden herab. Er ließ es ruhig geschehen, zog die Knie an und faltete die Hände um sie. Plötzlich hörte er hinter dem Rücken ein raselndes Schnaufen, als ob sich ein Pferd beim Fressen den Hafer aus den Nästern bläse. Andreas duckte sich noch tiefer in den Schatten und wagte nicht, sich umzublicken. „Du bist schon hier?“ raunte Jaschu atemlos, „ich bin in einem ganz großen Bogen um das Dorf gegangen. Man kann nicht wissen, wenn man begegnet. Wenn das Herz voll und schwer ist, wird man von ein paar Worten umgeworfen. Ich kenne das. Abschiednehmen ist ein eigen Ding. ... Du wirst es auch erleben ... Und wie schwer der Saß ist! ... Ein funkelnagelneuer aus Fankowitsch'stelle ... Er wird's verschmerzen.“

Nachdem warf er den vollgepfropften, prallen Haferack von der Schulter. Mit dem rechten Handrücken legte er den Schweiß von der runzligen Stirn. Es dauerte eine lange Zeit, ehe er wieder zum ruhigen Atem kam. Dann rückte er den Saß dicht an den Stein, damit sie beide Platz zum Sitzen fanden. In der abendlichen Stille war nur ihr Atem zu hören. Jeder hatte das Herz voll und schwer. Jeder trug bittere Gedanken. Bis zum Morgengrauen wäre noch zu reden gewesen, doch kein Wort wollte über die Zunge. (Fortsetzung folgt.)

Apfelgeschichte.

Nun war sie doch zu Besuch gekommen. Er hatte sie fast, als er ihr sein kleines Stübchen einräumen mußte. Was sollte da auch Gutes bei herauskommen, wenn in dieses Zimmer, das voll von seinen ernten Anabenträumen war, dünne und alberne Mädchengedanken hineinschlichen — denn dumm und albern war sie, das wußte er ganz genau.

Sie hatte eine stille, freundliche Art, die ein jeder lieb gewann — nur er nicht. Er wollte eben nicht sehen! Ach, vergebens wehrte sich sein armes, törichtes Jüngenherz gegen das, was kommen mußte. Er liebte doch nun einmal die schlanken, großen, blonden Frauen — und war je nicht schlank und groß und blond? Oder war er es je überdrüssig geworden, in blaue Augen hineinzusehen? Und waren die ihren nicht blau — ganz tief und dunkel?

Eines Morgens sah er sie in der Sonne sitzen. So eigen war ihm noch nie zuzunne gewesen, wie an jenem Sonnenmorgen. Seine Knie trugen ihn kaum, und es überließ ihn heiß und kalt. Högernd ging er an ihr vorbei und schlich sich dann heimlich zurück, um sie noch einmal zu sehen. Ihr Blondhaar glitzerte wie Gold in der Sonne! Was konnte er Schöneres an diesem Tage schauen.

Am Abend waren sie allein noch auf. Sie saß in einem Schaukelstuhl in der einen, er auf dem Sofa in der anderen Ecke. Es war dunkel im Zimmer. Und da es ihn störte, im Dunkeln so laut zu reden, ging er zu ihr hinüber, mit kleinen unübleren Schritten, denn er wußte nicht, was sie von ihm dachte.

Leize setzte er sich auf die Lehne des Schaukelstuhls und begann zu schaukeln. Er sah von ihr nur das weiße Kleid und ihre Augen, die aus dem Dunkel leuchteten. Er schaukelte sie ganz sanft und weich, und bei jeder Vor- und Rückwärtsbewegung berührten sich ihre Körper — sanft und weich.

Am nächsten Abend holte er sie vom Theater ab. Als sie nach Hause kam, waren die Eltern schon zu Bett gegangen, worauf sie beide erleichtert aufzatreten und war ihnen doch gar bekommen zu Pute. Sie holte den Obisford herbei und bot ihm ein Glas Wein. Er wollte nicht, so daß sie ihn drängte, den Apfel zu essen. Und Coa gab Aban einen Apfel“ sagte er plötzlich, wobei er seiner Stimme, die etwas zitterte, einen spöttischen Reizung zu geben versuchte. Das Mädchen lachte hell und freudig — er sagte nichts mehr. Aber ihre Augen baten und lockten — da nahm er den Apfel. Kurt Heilbut.

Entstehen

heute noch neue Erdteile?

Die Frage, ob heute in geschichtlicher Zeit, in der die gestaltbildende Kraft der Erde anscheinend schon zur Ruhe gekommen ist, noch neue Erdteile entstehen können und entstehen werden, oder viellecht sogar im Augenblick im Begriff sind, zu entstehen, läßt sich nicht mit einem Worte entscheiden. Eine große Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß auf Grund einer großen Anzahl rätselhafter geologischer Vorgänge, die in der letzten Zeit beobachtet wurden, von einer Neubildung von Erdteilen gesprochen werden kann. Wir haben jüngst von den Inseln berichtet, die nach Messungen des Kapitäns David Home und anderer teils japanischer, teils englischer Gelehrter in der Nähe der Bahama-Inseln angetroffen sind, und vor kurzer Zeit konnten wir mitteilen, daß bei den Rihohainjeln durch Lotungen die Seehöhe des Meeresbodens aus einer Tiefe von 300 Meter bis zu einer Tiefe von 20 Metern, ja sogar bis über den Meerespiegel hin-

auf festgestellt wurde. Nun könnte man daraufhin erwidern, daß es sich hier nur um Seeböden handele, die von Zeit zu Zeit austreten und erhebliche Veränderungen des Meeresbodens bewirken. Wissenschaftliche Nachforschungen haben aber ergeben, daß nicht Seeböden die Ursache waren, sondern seitlich wirkende Druckkräfte, wie sie in früheren Zeiten der erdgeologischen Entwicklung zur oberflächlichen Gestaltung unserer Planeten beitrugen. Es scheint also, als ob tatsächlich an bestimmten Stellen der Erde die gestaltbildenden Kräfte noch am Werke seien, wenn sie auch viellecht seit Jahrtausenden teilweise oder ganz geruht haben. Besonders die Midway-Inseln scheinen der Mittelpunkt einer neuen Kontinentbildung zu sein. Besonders auf dem beträchtlichen Gebiete, das zwischen dem 155. Grad westlicher Länge bis zum 185. Grad westlicher Länge sowie vom 20. bis zum 40. Grad nördlicher Breite liegt, sind Bewegungen des Meeresbodens festgestellt worden, die an Bedeutung weit über diejenigen Bewegungen hinausgehen, denen die neuauftauchten Inseln ihr Dasein verdanken. Bei den Midway-Inseln haben sich bereits beträchtliche Landkomplexe, die bisher viele hundert, ja sogar tausend Meter unter der Meeresoberfläche lagen, so weit emporgehoben, daß sie bereits als Landfortsetzung der Insel gelten können und eine bedeutende Vergrößerung dieses Vandes bewirkten. Im allgemeinen kann man annehmen, daß in vorgeschichtlicher Zeit die Bildung von Erdteilen sich über einen Zeitraum von vielen Millionen Jahren erstreckte. Aber sicherlich haben auch oft genug Druckkräfte dazu beigetragen, die in ähnlicher Weise an einer Entstehung eines Teiles unserer Hochgebirge die Ursache waren. Selbstverständlich kommen die ursprünglichen Kräfte und Erscheinungen, die zur Bildung von Erdteilen führten und in der allmählichen Erkaltung der Erdoberfläche ihre Ursache hatten, heute in direkter Form nicht mehr zum Ausdruck, aber ihre Nachwirkungen, die in der Druckverlagerung ganzer Gebiete bestehen, sind heute auch nach Hunderten von Millionen Jahren noch nicht ganz ausgeschaltet, wie ja die verschiedenartigsten Erscheinungen beweisen, die sich in Erdbeben, Seeböden und anderen Naturkatastrophen äußern. Diese nachwirkenden Kräfte, die heute noch nach Hunderten von Millionen Jahren Flüsse der gestaltbildenden Energien unserer Planeten sind, können durchaus noch dazu beitragen, daß plötzlich an denjenigen Stellen, wo bisher der Ozean war, sich ein neuer Erdteil oder mindestens ein neues gewaltiges Landgebiet aus den Fluten erhebt. Während die Erscheinungen, die auf Erstarung der Erdoberfläche beruhen und zu Landbildungen beitragen, sich nun über viele Millionen Jahre erstrecken, können diese Energien, die augenblicklich am Werke sind, auch in verhältnismäßig kurzer Zeit, b. h. in Jahren, Jahrzehnten oder Jahrhunderten, zur Bildung neuer Erdteile beitragen, da diese nur von der Richtung und Kraft der Druckkräfte, die seitlich wirken, abhängig sind. Es ist also auch in dieser Beziehung die Möglichkeit vorhanden, daß nicht nur neue Erdteile entstehen, sondern daß wir diese gewaltigen kosmischen Vorgänge auch erleben und nachprüfen können. Von der weiteren Entwicklung, die die rätselhaften Vorgänge auf dem Boden des Ozeans nehmen werden, wird es abhängen, ob man tatsächlich von der Bildung neuer Erdteile sprechen kann oder nur von gelegentlichen Erscheinungen, wie sie im Laufe der Jahrhunderte unserer wissenschaftlichen Forschung schon mehrfach in größerem oder geringerem Umfang beobachtet wurden. Insbesondere wird es sich erweisen, welche Bedeutung die Vorgänge bei den Rihohainjeln haben, denen augenblicklich die Wissenschaft das größte Interesse entgegenbringt. In Japan werden in Zeiträumen von mehreren Monaten hier Messungen vorgenommen, um die Entwicklung dieser Neubildungen zu beobachten.